Österreichs Zeitung für Steuer, Recht und Wirtschaft

Lexpress

DIE KMU-ZEITUNG

NR. 57 Jänner / Februar 2010

Lexpress bietet der Geschäftsführung des heimischen Mittelstandes aktuellste Wirtschaftsinformationen

Die Welt verbessern

„Überdenken, umgestalten und erneuern“

INHALT

World Economic Forum
Die nächste Krise kommt bestimmt. Manager suchen in Davos Lösungen Seite 2

AKTUELL

Wirtschaftsprognose
Trendwende durch expansive Geld- und Fiskalpolitik Seite 3

STEUERRECHT

Vorsteuerabzug
VwGH bestätigt Vorsteuerausschluss für „Opel Zafira“ Seite 5

Umsatzsteuer
Verschärfte Nachweispflichten bei innergemeinschaftlichen Lieferungen Seite 6

Zollunion
„EMCS“-Verfahren bei Beförderung unter Steueraussetzung Seite 6

Wettbewerbsprozess.
E-Mail zu Werbezwecken Seite 7

WIRTSCHAFT

Turnaround 2010
KMU orten akuten Handlungsbedarf Seite 8

KMU-Strategien
Die neue Überforderung des Mittelstands Seite 9

IT-Trends 2010.
Steigende IT-Budgets Seite 14

SCHNELLER BEIM KUNDEN
Der Generalschlüssel Seite 11
powered by
BAWAG PSK Fuhrparkleasing

SERVICE

Impressum Seite 2

Aus- und Weiterbildung
Die Gehaltsstudie für Projektmanagement Seite 15

Innovation
Elektromobilität für Wirtschaft, Klimaschutz und Green Jobs Seite 16

B2KMU
Elf Persönlichkeiten zu 11 Themen Seite 16

Preis: € 4,90
In Kooperation mit
LexisNexis
Creditreform
Bevorrechteter Gläubigerschutzverband

P.b.b. Verlagspostamt 1220 Wien GZ 06Z037023 W

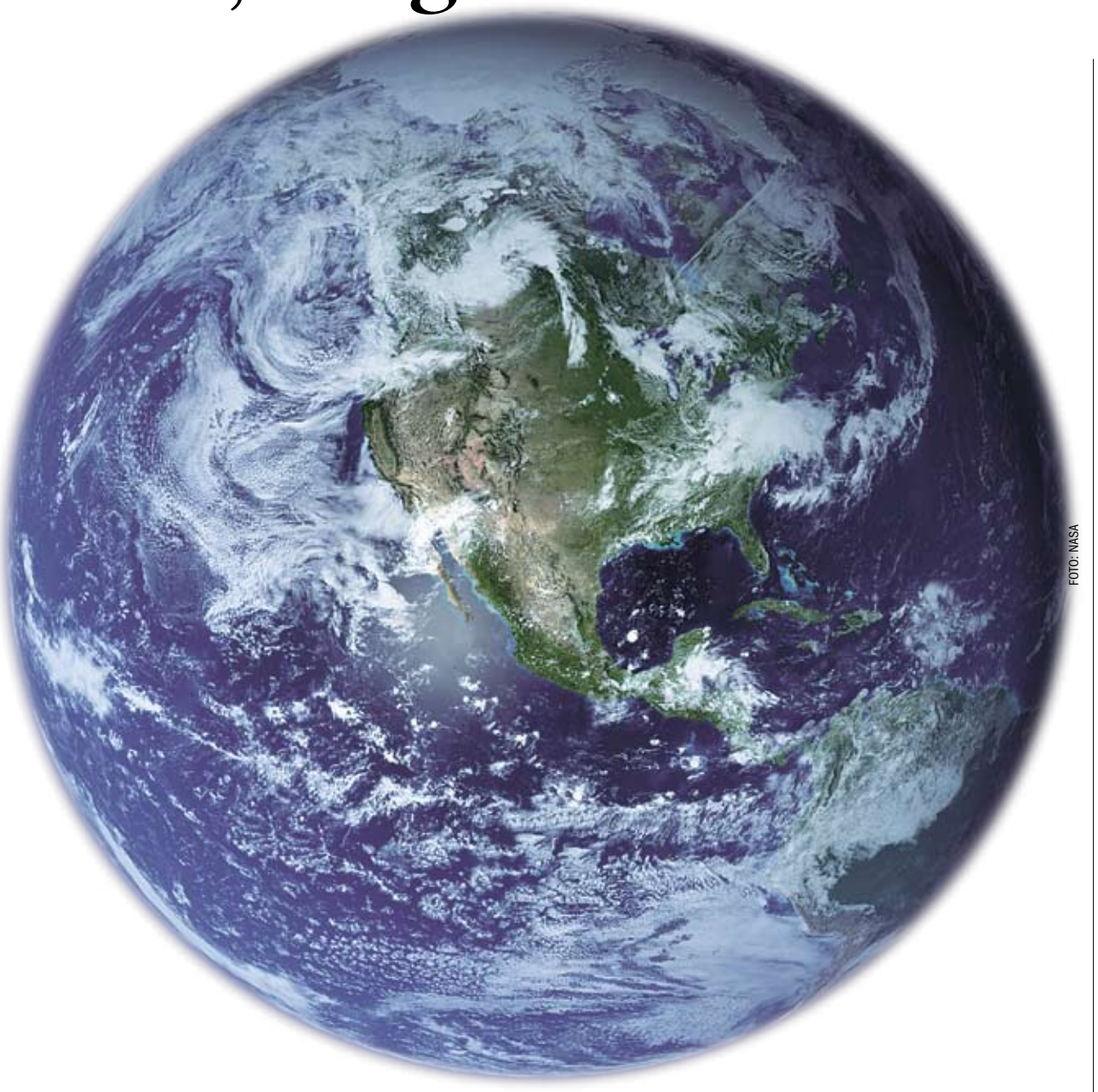


FOTO: NASA

40. JAHRESTREFFEN DES WORLD ECONOMIC FORUM IN DAVOS

Vom 27. bis zum 31. Jänner finden sich über 2500 führende Persönlichkeiten aus mehr als 90 Ländern in Davos ein. Als Vertreter der Bereiche Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sowie der akademischen und kulturellen Welt setzen sie sich in Hunderten von Arbeitssitzungen mit den dringlichsten Herausforderungen und künftigen Risiken auseinander. Die Plattform der Wirtschafts- und Polit-Elite findet geteilte Meinung: Vom „Geheimparlament“ über Small-Talk und Lobbyarbeit bis hin zur Setzung nachhaltig sinnvoller Beschlüsse reichen die Ansichten. Seite 2

TELEKOMMUNIKATION

FOTO: ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

Vorratsdatenspeicherung

Dr. Gerhard Benn-Ibler „Mit der Novelle zum TKG stellt der Staat seine Bürger unter Generalverdacht“ Seite 4

FUHRPARKMANAGEMENT

FOTO: BAWAG P.S.K. LEASING

Kosten besser im Griff

Michael Schmied „Mit Fuhrparkmanagement ersparen sich Unternehmen bis zu 20 Prozent“ Seite 12

GESELLSCHAFTSRECHT

FOTO: WIFI

Haftungsfallen

Dr. Markus Dellinger „Viele Unternehmen sind sich der Haftungsproblematik nicht bewusst“ Seite 7

Von der Idee zum Erlebnis
Jetzt mit Neukunden-Bonus!
HANDEL BÜHNE LICHT SHOWTIME VERANSTALTUNGSTECHNIK TON VIDEO VERLEIH
Wien 21, Richard Neutra-Gasse 6 01/ 748 5577
www.showtime.at

KMU-INSOLVENZRADAR
Täglich aktuelle Insolvenzen
office@creditreform.co.at
Der kostenlose Insolvenzradar
www.creditreform.at

WIFI MANAGEMENT FORUM
WERT ZU WISSEN
WIFI WKO

DER SEMINARTIPP FÜR DIE KMU-GESCHÄFTSFÜHRUNG:
Im April:
Haftungsrisiken der GmbH-Geschäftsführer/innen
Informieren Sie sich jetzt gleich:
www.wifi.at/managementforum
Siehe Seite 7

WIFI MANAGEMENT FORUM
Währinger Gürtel 97, 1180 Wien
HTTP://www.wifi .at/managementforum
TELEFON +43 (1) 476 77-5232
FAX +43 (1) 476 77-5239
eMAIL managementforum@wifi wien.at

ZITAT

„Im Zweifel kann die Fed die Dollarpresse beliebig rotieren lassen und notfalls Geld mit dem Helikopter abwerfen, um die Wirtschaft anzukurbeln.“

Ben Bernanke, Chef der Fed (US-Notenbank)

STEUERBERATUNG
ROYAL Wirtschaftsprüfung & Steuerberatung GmbH
Gudrunstraße 141, A-1100 Wien
Tel.: +43 1 602 51 51 - 0
Fax: +43 1 602 51 51 - 600
E-Mail: office@royal.co.at
www.royal.co.at
ROYAL
WIRTSCHAFTSPRÜFUNG & STEUERBERATUNG GMBH

AVIRA
www.avira.at

WORLD ECONOMIC FORUM. Motto: „Den Zustand der Welt verbessern: überdenken, umgestalten, erneuern“.

Die nächste Krise kommt bestimmt – Manager suchen in Davos Lösungen

Der gebürtiger Ravensburger Klaus Schwab, Präsident des WEF, ruft seit 1971 zum Weltwirtschaftsforum in die Schweiz: Der „Geist von Davos” soll die weltweiten Probleme erkennen und diskutieren – gemeinsam mit Politikern und Wirtschaftstreibenden.

„Die Mission des Forums, den Zustand der Welt zu verbessern, beruht auf dem Zusammenspiel der verschiedenen globalen Multi-stakeholder-Gruppen“, betonte Professor Klaus Schwab, Gründer und Executive Chairman des World Economic Forum. Im Rahmen einer Pressekonferenz am Hauptsitz des World Economic Forum in Genf erklärte Professor Schwab: „Wir müssen unsere Werte überdenken, denn wir leben in einer globalen Gesellschaft mit vielen verschiedenen Kulturen. Ebenso müssen wir unsere Prozesse für die Bewältigung der Themen und Herausforderungen auf der globalen Agenda umgestalten. Und zu guter Letzt müssen wir unsere Institutionen erneuern.“

„Das Treffen muss auf die aktuellen Ereignisse in der Welt ausgerichtet werden … und es ist unverkennbar, dass das derzeitige System der globalen Zusammenarbeit zu wünschen übrig lässt. Deshalb wollen wir bei der Behandlung sämtlicher Themen auf der globalen Agenda einen systemischen, integrierten und strategischen Ansatz verfolgen. Dabei konzentrieren wir uns insbesondere auf die globale Zusammenarbeit.“

Die Zukunft Haitis nach dem verheerenden Erdbeben steht auf der Agenda von Davos ganz oben. „Wir hoffen, dass wir im Sinne einer echten Weltbürgerschaft am Treffen in Davos einen wichtigen, gemeinsamen Beitrag für die Weltgemeinschaft leisten können“, erläuterte Professor Schwab.

FOTO: SWISS-IMAGE.CH/STEINEGGER

Klaus Schwab, *Gründer und Präsident des World Economic Forum in Davos*

Finanzkrise war auch Wertekrise.

Aus einer bisher einmaligen Meinungsumfrage über universelle Werte – 130.000 Personen via Facebook – geht der Bericht „Values for the Post-Crisis Economy” hervor: Mehr als zwei Drittel der befragten Personen vertreten die Auffassung, dass die aktuelle Wirtschaftskrise auch eine Krise der Ethik und der Werte ist. Andererseits sind nur 50% von ihnen der Meinung, dass es universelle Werte gibt

Laut Klaus Schwab macht der Bericht deutlich, warum wir ein Wertesystem brauchen, welches das Fundament unserer globalen wirtschaftlichen Institutionen bildet und im Mittelpunkt der internationalen Zusammenarbeit steht. «Unser derzeitiges System wird den Bedürfnissen von drei Milliarden Menschen in der Welt nicht gerecht. Es muss ein staatlicher, geschäftlicher und politischer Kulturwandel stattfinden, um diesen Missstand zu beheben. Aus diesem Grund bringt das World Economic Forum Teilnehmer aus allen Gesellschaftsgruppen am Jahrestreffen in Davos zusammen um die Neugestaltung der Systeme internationaler Zusammenarbeit zu überdenken.»

Die Ergebnisse der Umfrage deuten darauf hin, dass Misstrauen gegenüber den Werten in der Geschäftswelt besteht. Lediglich 25% der Befragten sind der Ansicht, dass große internationale Unternehmen in ihren Tätigkeitsfeldern einen wertbasierten Ansatz verfolgen. Dagegen finden mehr als 40% von ihnen, dass KMU einen solchen Ansatz verwenden.

Fast zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass die Menschen im Berufsleben nicht die gleichen Werte vertreten wie im Privatleben. Bei der Frage, ob ein Unternehmen in erster Linie für Aktionäre, Mitarbeiter, Kunden oder für alle gleichermaßen die Verantwortung tragen sollte, sprach sich fast die Hälfte der Befragten für die letzte Option aus.

www.weforum.org

ZENTRALE PROGRAMMPUNKTE

- **Schaffung eines Wertesystems**
- **Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands**
- **Minderung globaler Risiken und Bewältigung systemischer Fehler**
- **Gewährleistung von Nachhaltigkeit**
- **Verbesserung der Sicherheit**
- **Aufbau von effizienten Institutionen**

Co-Vorsitzende des Jahrestreffens 2010 sind:

- **Josef Ackermann**, Vorstandsvorsitzender und Leiter des Group Executive Committee, Deutsche Bank, Deutschland; Mitglied des Foundation Board des World Economic Forum
- **Melinda French Gates**, Co-Vorsitzende, Bill & Melinda Gates Foundation, USA
- **Azim H. Premji**, Vorstandsvorsitzender, Wipro, Indien
- **Peter Sands**, Group Chief Executive, Standard Chartered, Grossbritannien
- **Eric Schmidt**, Vorstandsvorsitzender und Chief Executive Officer, Google, USA
- **Ronald A. Williams**, Vorstandsvorsitzender und Chief Executive Officer, Aetna, USA
- **Patricia A. Woertz**, Vorstandsvorsitzende, President und Chief Executive Officer, Archer Daniels Midland (ADM), USA

Das World Economic Forum wurde 1971 als Stiftung gegründet und hat seinen Sitz in Genf/Schweiz; es ist unparteiisch, nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und nicht an politische, parteiliche oder nationale Interessen gebunden

WKO SERVICE-GMBH DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

LITERATURTIPP:

DAS ABC DER UNTERNEHMENSSICHERUNG UND -SANIERUNG

Überleben in schwierigen Zeiten

Das vorliegende Buch soll in leicht verständlicher Weise einen Einblick in die Welt der Sanierung und Krisenbewältigung ermöglichen, um jeder unternehmerisch denkenden und handelnden Person wie Unternehmer/Innen, Geschäftsführer/Innen oder leitende Angestellte betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten und Erfordernisse näher zu bringen.

Autor: Rudolf Köck
Broschüre, Mai 2009
Preis € 19,10 (inkl. 10% USt)

Bestellung über die Service-GmbH der Wirtschaftskammer Österreich:
T 05 90 900 5050
F 05 90 900 236
E service@wko.at
http://webshop.wko.at

Aktienforum-Kommentar. „Privatisierung von Gewinnen – Sozialisierung von Verlusten“.

Von Lehmann bis Hypo Alpe Adria

Der Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 löste massive Schockwellen im globalen Finanzsystem aus. Eine Bank in dieser Größenordnung (Bilanzsumme rund 640 Mrd US $) nicht aufzufangen war ein Novum und ein Abgehen vom „too big to fail“-Prinzip, auf dem zu viele Bankmanager ihre Managementstrategie aufgebaut hatten.

Und diese Angst vieler Banker, die Risiken, die sie in den letzen Jahren aufgebaut haben, doch selbst tragen zu müssen, führte zum (angeblichen) Beinahe-Zusammenbruch des globalen Finanzsystems. Denn so ungeheuer die Bilanzsumme von Lehmann auf einen Österreicher wirken mag, so machte sie gerade einmal 0,3% des US-BIP aus. Lehman war also eine klare Warnung an den Bankensektor, dass auch dort die Gesetze des Marktes gelten sollen: Nicht-marktfähige Teilnehmer werden aus dem Markt gedrängt, dieser dadurch bereinigt und die verbleibenden bzw potentiell neuen Marktteilnehmer werden versuchen erfolgreicher zu agieren.

Banken mit Staatsrucksack.

Die Angst der Banker voreinander wurde aber erfolgreich auf die Politik und die restliche Wirtschaftswelt übertragen, und so verließ alle der Mut. Weltweit wurden die größten staatlichen Interventionspakete seit Hitler und Stalin für die Banken geschnürt, damit kein „2. Lehman“ mehr passieren würde. Und so wurden Garantien und Haftungen übernommen und für die ganz ernsten Fälle sogar Verstaatlichungen durchgeführt. Für die großen Banken dieser Welt, ist diese nun wieder ganz in Ordnung. Sie dürfen nun wieder mutig sein, dank dem Rettungsanker Staat. Den Banken ist diesbezüglich aber kein Vorwurf zu machen, sie agieren rational. Sie haben die Downside des Marktes, die Insolvenz, ausgeschaltet (dank „too big to fail“-Prinzip), können aber von der Upside, dem Ertrag aus (über-)riskanter Geschäftsgebarung, weiterhin profitieren. Dass sich die Politik nun über diese Vorgehensweise beklagt ist naiv. Man kann wohl schwer einer Bank vorwerfen zu ihrem eigenen Vorteil zu agieren. Und schließlich hat die Politik mit ihrer Vorgehensweise diese Art von „business as usual“ erst möglich gemacht. Obwohl Lehman Brothers für Österreich weit weg war, bleibt diese Katharsis österreichischen Banken gleich ganz erspart. Wurde die Constantia Privatbank noch von einem privaten Investorenpool (mit staatlichen Garantien) aufgefangen, so wurden die Kommunalkredit und die Hypo Group Alpe Adria (HGAA) lieber gleich verstaatlicht. Insbesondere die HGAA ist ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie die Gesetze des Marktes dauerhaft ausgeschaltet werden, um Gewinne zu privatisieren und die Verluste zu sozialisieren. Denn ohne die Garantien des Landes Kärnten hätte die HGAA niemals ihre rasche Expansion im Raum Südosteuropa antreten können. Durch die Haftungsentgelte hat das Land Kärnten aber gleichzeitig zusätzliche Budgeteinnahmen generieren können. Je mehr Haftungen, je mehr Wachstum der Bank, je mehr Einnahmen für den Landeshaushalt. Eine wundersame Geldvermehrung. Diese „Perle“ im Landesbesitz konnte dann noch zu einem mehrstelligen Millionenbetrag verkauft werden, schließlich war sie doch so „erfolgreich“ gewachsen. Heute gehört diese „Perle“, die 2009 wohl einen Verlust von deutlich über 1 Mrd. Euro geschrieben hat, der Republik Österreich, wurde also einem öffentlichen Eigentümer (dem Land Kärnten), über einen zweiten öffentlichen Eigentümer (indirekt der Freistaat Bayern), an einen dritten weitergereicht. Kinder nennen dieses Spiel „Schwarzer Peter“, Erwachsene (Politiker) sprechen von einem Erfolg für den Finanzplatz Österreich.

Banken sind allerdings nicht sakrosankt. In den USA gingen 2009 140 Banken mit einer gesamten Bilanzsumme von immerhin rund 171 Mrd US $ in Konkurs. Bei den „Kleinen“ lässt man den Markt also wirken. So schaut also die neue globale Finanzarchitektur aus? Die Politik als Schutzherr der Großbanken? Jedenfalls ein Argument mehr, dass der Grundsatz „Mehr Privat, weniger Staat“ unvermindert Gültigkeit besitzt.

www.aktienforum.org

IMPRESSUM

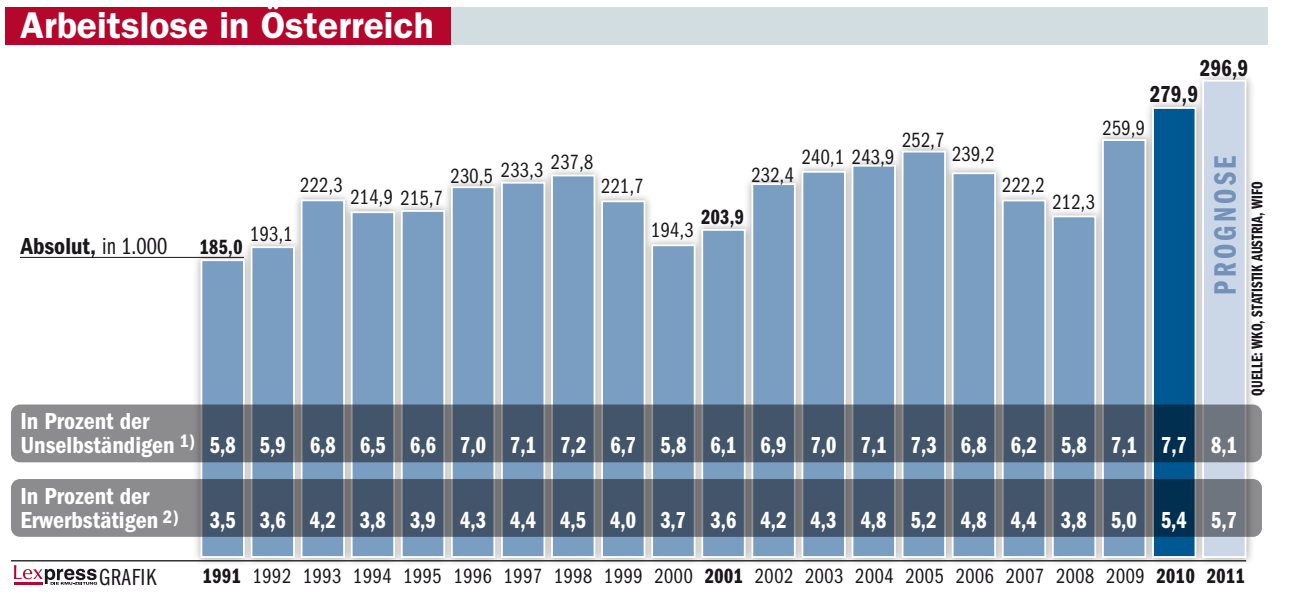
OFFENLEGUNG gemäß § 25 Mediengesetz: **Medieninhaber (Verleger):** Werbeagentur Michael Pfeiffer; **Herausgeber:** Michael Pfeiffer (mp), pfeiffer@lex-press.at; **Grafik, Produktion:** Manfred Zeisberger (mz), **Adresse und Sitz:** 1140 Wien, Mossbachergasse 3/17; **UID** ATU62316807; **Telefon:** +43-(0)1-890 03 61-0; **Telefax:** +43-(0)1-890 03 61-15; **Mobil:** +43-(0)699-1084 9966; **E-Mail:** redaktion@lex-press.at; **Internet:** www.lex-press.at; **Produktions- und Herstellungsort:** VERSUS, a. s., Moskovská 4, SK-811 08 Bratislava; **Telefon:** +421-2-57 28 02 23; **Telefax:** +421-2-57 28 01 51; **Abopreise** (abo@lex-press.at): monatlich: EUR 4,90 jährlich: EUR 49,00

Unternehmensgegenstand: Die Herausgabe, der Druck, der Verlag und der Vertrieb von Wochenzeitungen, Monatszeitungen und Druckerzeugnissen aller Art, im speziellen von „Lexpress – Die KMU Zeitung“. **Grundlegende Richtung gemäß § 25, Absatz 4:** Lexpress ist eine parteifreie und unabhängige Wirtschaftszeitung. Sie bekennt sich zur pluralistischen Gesellschaftsordnung der parlamentarischen Demokratie, zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft sowie zur Integration Europas und fühlt sich den Menschenrechten verpflichtet. Lexpress bereitet relevante Informationen zu Steuer-, Rechts- und Wirtschaftsthemen für österreichische Unternehmen aus dem Sektor Klein- und Mittelbetriebe (KMU) aktuell auf und richtet sich vor allem an die Inhaber, die Geschäftsführung und an das Management der österreichischen Wirtschaft.

WIFO: MITTELFRISTIGE PROGNOSE DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT BIS 2014

Konjunkturabhängige Erholung nach Rezession

Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise löste in Österreich Ende 2008 die schwerste Rezession seit den 1930er-Jahren aus. Nach einer Finanzmarktkrise und einer weltweiten Rezession erholt sich die Wirtschaft nur sehr langsam. Getragen von der sehr expansiven Geld- und Fiskalpolitik in den großen Wirtschaftsräumen trat Mitte 2009 eine Trendwende ein; ab 2010 wird mit einer Erholung gerechnet.



Die österreichische Wirtschaft wird von 2010 bis 2014 mit +1,8% pro Jahr um 3/4 Prozentpunkte langsamer expandieren als in den 10 Jahren vor der Wirtschaftskrise 2009 (+2,5% pa)[1]. Selbst in den besten Jahren des Prognosezeitraumes (2012 bis 2014) wird das BIP-Wachstum nicht an diesen Durchschnittswert heranreichen.

Restriktive Kapitalvergabe.
Die Weltwirtschaft wird die Folgen der Finanzmarktkrise nur allmählich überwinden, die Vergabe von Risikokapital für Unternehmen sowie die Kreditversorgung des privaten Sektors zur Finanzierung von Ausrüstungs- und Bauinvestitionen und Konsum bleiben restriktiv. Das Wachstum des Potenzialoutputs wird nicht mehr so hoch sein wie in der Vergangenheit. Der Wachstumsvorsprung Österreichs gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes wird geringer, nicht zuletzt da die Exporte nach Ostmitteleuropa an Dynamik verlieren dürften.

Die österreichische Wirtschaftspolitik wirkte den Auswirkungen der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit einer vorgezogenen Steuerreform, zwei Konjunktur- und zwei Arbeitsmarktpaketen entgegen. Da manche der größeren Bauprojekte 2009 noch nicht umgesetzt werden konnten, sollte ihre Wirkung im Jahr 2010 zum Tragen kommen und damit den Aufschwung unterstützen. Die österreichische Wirtschaft profitierte auch von den Konjunkturbelebungsmaßnahmen, die im Rahmen des „European Economic Recovery Plan (EERP)““ von den EU-Nachbarländern und den anderen bedeutenden Handelspartnern (Schweiz und USA) getätigt wurden. Diese Rückwirkungen sind nach WIFO-Schätzungen in etwa gleich hoch wie jene Maßnahmen, die die österreichische Bundesregierung (einschließlich staatsnaher Unternehmen) selbst getätigt hat.

Reformen stützen Wachstum.
Die durch Sonderfaktoren und wirtschaftspolitische Maßnahmen begünstigte Entwicklung der verfügbaren realen Haushaltseinkommen (Steuerreform, niedrige Inflation, hohe Lohnabschlüsse im Jahr 2008, Ausweitung der Transfereinkommen) ermöglichte im Jahr 2009 in Österreich, im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern des Euro-Raumes, eine Zunahme des privaten Konsums (+0,5%). Jedoch floss ein größerer Teil des Einkommensanstiegs als in den letzten Jahren in die Ersparnisse. Für den Prognosezeitraum 2010/2014 wird mit einem Konsumwachstum von 1% gerechnet, das um knapp 1/2 Prozentpunkt niedriger ist als in der Fünfjahresperiode vor der Krise. Dabei wird unterstellt, dass die Sparquote der privaten Haushalte wieder kontinuierlich zurückgeht.

Der reale Außenbeitrag wird im Prognosezeitraum dem Wirtschaftswachstum Impulse geben. Der Exportprognose liegt die Einschätzung zugrunde, dass die Weltwirtschaft die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise allmählich überwindet und im Jahr 2010, getragen von den weltweiten Konjunkturprogrammen und niedrigen Zinssätzen, eine Erholung einsetzt. Die Belebung des Welthandels bewirkt eine Zunahme der österreichischen Exporte um durchschnittlich 5,5% pro Jahr, um knapp 1 Prozentpunkt weniger als in den zehn Jahren vor der Krise. Das Anspringen der Exportkonjunktur wird im Jahr 2010 aufgrund der sehr geringen Kapazitätsauslastung noch keine Belebung der Investitionstätigkeit auslösen. Über den gesamten Prognosezeitraum sollten die Investitionen um durchschnittlich 2% pa zunehmen.

Arbeitslosigkeit steigt.
Rezessionsbedingt erreichte die Arbeitslosigkeit 2009 das höchste Niveau seit Mitte der 1950er-Jahre. Die Ausweitung der Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Kurzarbeit, Schulungen und Bildungskarenz bremste den Anstieg der Arbeitslosenzahl im Jahr 2009 zwar um etwa 13.000, die Arbeitslosigkeit wird aber eine zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahre bleiben. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte von 2008 bis 2014 um gut 90.000 auf über 300.000 steigen. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 dürfte die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) 8,1% erreichen. Im Falle einer ungünstigeren Entwicklung der Wirtschaft würde die Arbeitslosigkeit jedoch noch stärker wachsen. Die Beschäftigung wird in den Jahren 2010 bis 2014 um 0,4% pro Jahr zunehmen, die Vollzeitbeschäftigung dürfte aber erst gegen Ende der Prognoseperiode stärker ausgeweitet werden. Der freie Zustrom von Fachkräften aus den neuen EU-Ländern seit dem Jahr 2009 und das Ende der Übergangsfristen im Jahr 2011 werden die Pendler- und Zuwanderungsströme erhöhen. In erster Linie hängt das Ausmaß dieser Wanderungsbewegungen aber von der heimischen Nachfrage nach Arbeitskräften ab.

Die Dämpfung der Staatseinnahmen durch die Krise und die Steuerreform sowie die rezessionsbedingte Ausweitung der Staatsausgaben werden das Defizit der öffentlichen Haushalte 2010 auf 5,25% des BIP steigen lassen. Neben der Verbesserung durch die Konjunkturerholung müssen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung ergriffen werden, falls die Defizitquote bis zum Jahr 2014 wieder auf unter 3% des BIP gesenkt werden soll.

Nach dem Preisverfall von Mitte 2008 bis ins I. Quartal 2009 kehrte sich der Trend auf den internationalen Rohstoffmärkten um. Auch in den kommenden Jahren werden die Rohöl- und Rohstoffpreise anziehen. Die Prognose nimmt einen Anstieg des Rohölpreises mit der Erholung der Weltkonjunktur von 60 $ je Barrel im Jahr 2009 auf 100 $ im Jahr 2014 an. Von inländischen Faktoren werden in den kommenden Jahren kaum inflationäre Effekte ausgehen. Im Zeitraum 2010 bis 2014 dürfte die Inflationsrate in Österreich durchschnittlich 1,5% betragen.

Die in der vorliegenden Prognose unterstellte Erholung der Wirtschaft hängt wesentlich von der Verbesserung der internationalen Konjunktur ab. Sollte sich diese nicht im erwarteten Ausmaß einstellen, würde das auch die Belebung in Österreich beeinträchtigen. Ebenso ist die Stabilisierung der Finanzmärkte und des Bankensystems noch fragil. Das starke Engagement der österreichischen Banken in Ostmitteleuropa und Südosteuropa birgt hier noch beträchtliche Risken.

[1] Die Wachstumsprognose für die Jahre 2010 und 2011 entspricht der kurzfristigen WIFO-Prognose vom Dezember 2009. Für die folgenden Jahre wurden mittelfristige Trends geschätzt.

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO, www.wifo.at

Start der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Die Dienstleistungsrichtlinie verpflichtet alle EU-Länder zur Beseitigung rechtlicher und bürokratischer Hindernisse. Eine Niederlassung im Dienstleistungssektor oder die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen sind ab sofort online möglich.

Dies gilt zum Beispiel für einen Tischler aus Österreich, der sich in Slowenien niederlassen möchte, genauso wie für einen in Österreich niedergelassenen Architekten, der mit dem Bau eines Hauses in Deutschland beauftragt ist, oder einen österreichischen Veranstaltungsmanager, der ein Open-Air-Festival in Ungarn organisieren möchte.

Reduzierte Bürokratie, einfachere Verfahren.
Dazu Staatssekretär Dr. Josef Ostermayer: „KMU bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft und sind Hauptantriebskraft für Wachstum sowie Beschäftigung. Bei der Expansion in andere Märkte gab es jedoch oft Schwierigkeiten, die notwendigen Informationen über formale Anforderungen zu bekommen. Langwierige und komplizierte Verfahren bei vielen unterschiedlchen Behörden waren notwendig. Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie reduziert die Bürokratie, gewährleistet schnellere Verfahren und ermöglicht damit einen leichteren Marktzugang, vor allem auch für kleinere Unternehmen.“

Alle EU-Mitgliedstaaten haben ab sofort über das Internet zugängliche Portale mit elektronischen Behördendiensten anzubieten, müssen klare und umfassende Informationen über die Verfahren und konkreten Anforderungen zur Verfügung stellen und die erforderlichen Verfahren (wie zB Einholung von Erlaubnissen und Genehmigungen, Erfüllung von Meldepflichten etc) online durchführen. Alle Unternehmen können bei dem jeweiligen „einheitlichen Ansprechpartner“ alle angeforderten Informationen und Dokumente auch elektronisch einreichen und erhalten auf dem gleichen Weg eine Antwort.

Online-Assistent in Österreich
Dienstleistungswerber werden mit Hilfe eines Frage-/Antwortsystems zu den relevanten Berufsinformationen und Behördenverfahren geführt. Derzeit enthält der Assistent Beschreibungen zu 19 ausgewählten Berufen und den zugehörigen Behördenwegen auf Bundesebene. Den Assistenten finden Sie seit 1. Jänner 2010 am österreichischen Portal zur Dienstleistungsrichtlinie.
www.eap.gv.at

WKO SERVICE-GMBH DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

LITERATURTIPP:

UMWELTSCHUTZ DER WIRTSCHAFT

Die aktuelle Print-Einzelausgabe

In jeder Ausgabe: 16 Seiten VIP-Infos zur EU-Umweltpolitik! (außer Sommersondernummer)

Umweltschutz der Wirtschaft,
Ausgabe 04/2009
- Energieeffizienz
- Klima-High-Society in der WKÖ
- Lissabonvertrag

Broschüre, Dezember 2009
Preis € 8,- (inkl. 10% USt)
Nichtmitgliederpreis: € 15,-

Bestellung über die Service-GmbH der Wirtschaftskammer Österreich:
T 05 90 900 5050
F 05 90 900 236
E service@wko.at
http://webshop.wko.at

Vorratsdatenspeicherung. Rechtsanwaltskammertag hat massive Bedenken zur Novelle des Telekommunikationsgesetzes.

Flächendeckende Vorratsdatenspeicherung gefährdet die österreichischen Grundrechte

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag (ÖRAK) bestärkt seine schon bisher klar ablehnende Haltung gegenüber einer verdachtsunabhängigen, flächendeckenden Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten aller Bürger. Ohne vorliegende Verdachtsmomente in die grundrechtlich geschützte Position des Einzelnen zu Strafverfolgungszwecken einzugreifen stellt den Bruch mit der Tradition des österreichischen Rechtsstaates dar.

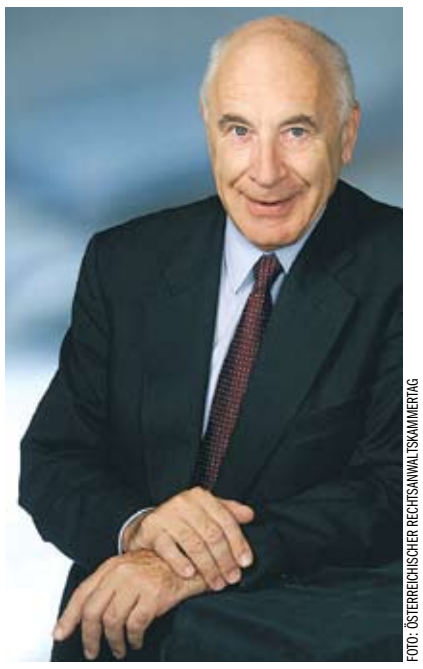


FOTO: ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

„Auch wenn unsere Forderung nach der kürzest möglichen Speicherdauer umgesetzt wurde, bleiben unsere grundsätzlichen Bedenken aufrecht."

Dr. Gerhard Benn-Ibler – Präsident des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages

Auch nach dem derzeit vorliegenden Entwurf sollen die im Zuge eines Kommunikationsdienstes erzeugten oder verarbeiteten Verkehrs- und Standortdaten aller Österreicherinnen und Österreicher ohne Unterschied verdachtsunabhängig und flächendeckend auf Vorrat gespeichert werden. Eine solche Maßnahme stellt zweifelsohne einen massiven Eingriff in eine ganze Palette von Grundrechten dar: Jenes auf Achtung der Privatsphäre, auf Datenschutz, das Fernmeldegeheimnis, das Kommunikationsgeheimnis, das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Unschuldsvermutung.

ÖRAK-Präsident Dr. Gerhard Benn-Ibler bezweifelt den Sinn der Umsetzung grundsätzlich: „Diesem immensen Grundrechtseingriff – immerhin werden in Zukunft von jedem Bürger ohne Verdacht die genannten Daten gespeichert – steht nach Erachten der Rechtsanwaltschaft ein in keinem Verhältnis stehender Nutzen zum Zweck der Strafverfolgung gegenüber". Berücksichtige man, dass die gegenständliche Richtlinie zur Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität gedacht ist, sei es selbst für einen Laien unschwer vorauszusehen, dass Personen aus einem solchen Umfeld Wege finden werden, dieser Speicherung zu entgehen, so Benn-Ibler weiter. Technische Möglichkeiten bieten sich hier in Fülle an und werden in Zukunft mit Sicherheit auch weiter entwickelt werden. Jene Personen, die der Erfassung nachvollziehbarer Daten entgehen wollen, werden dies technisch umsetzen können. Die tragische Schlussfolgerung:

„Erfasst werden somit die Daten jener Personen, die entweder keine Kenntnis von der Vorratsdatenspeicherung haben oder kein Interesse, derselben zu entgehen, also die Daten ganz normaler „Durchschnittsbürger"."

Alle Bürger unter Generalverdacht

Anstelle des rechtstaatlichen Prinzips, wonach die behördliche Verfolgung von Einzelpersonen davon abhängig gemacht wird, ob es konkrete Verdachtsmomente gegen diese gibt, herrscht jetzt der Grundsatz, jeden präventiv zu überwachen um dadurch möglicherweise etwas zu finden. „Der Staat stellt damit seine Bürger unter Generalverdacht", so Benn-Ibler. Dies ist nicht nur Ausdruck des staatlichen Misstrauens gegenüber der Bevölkerung, sondern zeigt auch, dass die Verantwortlichen kein Rezept wissen, wie sie mit der gegenständlichen Situation umgehen sollen. „Auf jeden Vorfall wird mit einer weiteren Überwachungsmaßnahme bzw Verschärfung bereits bestehender Überwachungsmaßnahmen reagiert, das ist kein Rezept gegen den Terror, das ist ein Zeugnis der Ohnmacht der Verantwortlichen. Ich bin nicht bereit Bürgerrechte laufend gegen Scheinsicherheiten zu tauschen", findet Benn-Ibler deutliche Worte.

Das von den Befürwortern der Vorratsdatenspeicherung stets angeführte Argument, der Inhalt der erfassten Gespräche und E-Mails würde nicht gespeichert werden, ändert nichts an der Situation. Denn auch bei Verkehrs- und Standortdaten können soziale Netzwerke nachvollzogen, sowie mehr oder weniger genaue Bewegungsprofile jedes Österreichers erstellt werden. Selbstverständlich ist es dann auch ein leichtes, Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation zu ziehen.

Eingriff in die anwaltliche Verschwiegenheit.

Die rechtsanwaltliche Kommunikation ist bislang zu Recht in besonderer Weise geschützt. Ein Rechtsanwalt darf derzeit nur dann überwacht werden, wenn er selbst der Tat, derentwegen die konkrete Überwachung erfolgen soll, „dringend verdächtig" ist. Die Tatsache, dass durch den vorliegenden Entwurf auch die Anschlüsse von Rechtsanwälten ohne das Vorliegen eines entsprechenden Verdachts überwacht werden, bedeutet das (partielle) Ende des oben angesprochenen besonderen Schutzes der rechtsanwaltlichen Kommunikation. „Dies ist ein nicht tolerierbarer Eingriff des Staates in das dem Bürger zustehende Verschwiegenheitsrecht seines Rechtsanwaltes", stellt Benn-Ibler klar. Das Argument, wonach der Inhalt der Kommunikation nicht erfasst wird, greift hier völlig ins Leere. Bei einer telefonischen Kontaktaufnahme mit einer Rechtsanwaltskanzlei kann naturgemäß auf den Inhalt, nämlich in der Regel eine rechtsanwaltliche Konsultation, rückgeschlossen werden", so Benn-Ibler. Gleiches gilt selbstverständlich auch für andere Berufe wie Journalisten, aber auch für Service- und Beratungsangebote, wie etwa ein Anruf bei der „Aidshilfe", der „Aktion Leben" oder etwa bei „Rat auf Draht". Solche Telefonate werden in aller Regel eine entsprechende Beratung oder Hilfestellung zum Inhalt haben.

Besonders ärgerlich ist, dass diese Form der Umsetzung keineswegs europarechtlich zwingend wäre. Artikel 5 Abs. 2 der Richtlinie ordnet ausdrücklich an, dass keinerlei Daten auf Vorrat gespeichert werden dürfen, „die Aufschluss über den Inhalt einer Kommunikation geben". In vielen, wie etwa den genannten Fällen, wird aber aus den Verkehrsdaten auf den Inhalt rückgeschlossen werden können. Die Rechtsanwaltschaft fordert daher, zumindest eine entsprechende Ausnahmeregelung in den Gesetzesentwurf aufzunehmen.

Postiv anzumerken ist, dass bei der Umsetzung die vom ÖRAK geforderte Minimalspeicherdauer von 6 Monaten gewählt wurde. Hingegen bleibt die Abfragebedingung, wonach es sich um eine „schwere Straftat" handeln muss, völlig unbestimmt. Während der ursprüngliche Entwurf des Ludwig Boltzmann Institutes für Menschenrechte diesbezügliche Ausführungen noch in seinem Vorblatt enthält, fehlen diese plötzlich im vorliegenden Entwurf. Da der Europäische Gesetzgeber damit argumentiert, die Richtlinie zur Bekämpfung des Terrorismus und organisierter Kriminalität zu benötigen, soll diese Zieldefinition auch die Erklärung vorgeben, was unter einer „schweren Straftat" zu verstehen ist. Nämliche jene mit einer Untergrenze von 5 Jahren Freiheitsstrafe sowie Delikte, die der Zielsetzung der Richtlinie dienen, wie etwa „Terrorismusfinanzierung", „terroristische Vereinigung" und „kriminelle Organisation".

STELLUNGNAHMEN ZUR UMSETZUNG DER VORRATSDATENSPEICHERUNG

ARGE DATEN – Österreichische Gesellschaft für Datenschutz: *„...Das eigentliche Ziel des Vorhabens, dem internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität Einhalt zu gebieten, wird man anhand des vorliegenden Gesetzesentwurfs nicht erfüllen können. Stattdessen wird man massenweise Daten unbescholtener Bürger ohne irgendein Verdachtsmoment verarbeiten und diese dem Risiko aussetzen, dass deren persönliches Leben bloß auf Grund vager verdachtsmomente massiv durchleuchtet wird. Über den Sinn der Richtlinie geht der vorgelegte Entwurf insoweit beträchtlich hinaus, dass er sich nicht auf Datenzugriffe bei tatsächlicher organisierter Kriminalität beschränkt, sondern undifferenziert und unklar bei „schweren Straftaten" zugegriffen werden soll. Mit EU-Recht lässt sich der vorgelegte Entwurf nicht rechtfertigen, vielmehr bekundet er den Willen des österreichischen Gesetzgebers zur exzessiven Überwachung des Privatlebens seiner Bürger in allen Lebensbereichen ..."* (Ausschnitt)

Piratenpartei Österreichs: *„...Videoüberwachung samt Gesichtserkennung ist in Zeiten biometrischer Reisepässe und Personalausweise ein Kinderspiel; die Aufenthaltsbestimmung per GPS oder Standortsabfrage beim Telekommunikationsanbieter sowie die Verfolgung aller zurückgelegten Wege technisch keine Herausforderung. Mit der Vorratsdatenspeicherung eröffnet sich nunmehr die Möglichkeit zur Nachvollziehung sozialer Gefüge, da jeder Kontakt einer Person mit einer anderen – per Telefon, Handy oder Internet; in mündlicher oder schriftlicher Form – aufgezeichnet wird. Gepaart mit dem aktuell diskutierten Transferkonto für Sozialleistungen, welches die sensibelsten, nämlich die finanziellen und sozialen Informationen über alle Einwohner bündelt, ist mit einem „Klick" das ganze Leben jedes beliebigen Menschen abrufbar ..."* (Ausschnitt)

Österreichischer Journalisten Club: *„...Die geplante zwingende Vorratsdatenspeicherung durch Betreiber von Telekommunikationsdiensten zum Zwecke der Strafverfolgung bringt eine Gefährdung der ‚vierten Säule' der Gewaltentrennung in einem demokratischen Staat, der freien Presse mit sich. Der Begriff ‚Schwere Straftaten' muss im TKG 2003 eindeutig definiert werden, um diesen massiven Eingriff in die Grund- und Menschenrechte zu rechtfertigen. Auch wenn den Strafverfolgungsbehörden geeignete Mittel für die Verfolgung von Straftaten zur Verfügung gestellt werden sollten, muss der demokratiepolitisch notwendige Freiraum für die Wahrung des Redaktionsgeheimnisses erhalten bleiben. Mobiltelefonie und Internet sind die überwiegenden Kommunikationsformen der Journalisten im Rahmen der Informationsbeschaffung. Eine Nachvollziehbarkeit der Nutzung dieser Kommunikations-Technologien ist ein massiver Anschlag auf den Artikel 10 der EMRK ..."* (Ausschnitt)

Datenschutzrat: *„... Aus unserer Sicht steht das Instrument der Vorratsdatenspeicherung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie mit Artikel 8 der Europäischen Grundrechtscharta in einem gravierenden Spannungsverhältnis. Es müsse ein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem Recht auf Privatsphäre und dem öffentlichen Interesse an Ordnung und Sicherheit gewahrt werden. Verfahren zur Ermittlung personenbezogener Daten sollten daher nur bei Vorliegen konkreter Verdachtsmomente eingesetzt werden. Darauf müsse in der Umsetzung der Richtlinie geachtet werden. Wir fordern eine restriktive Definition für schwere Straftaten, die sich am grundsätzlichen Zweck der Richtlinie, also der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, orientiert ..."* (Ausschnitt)

WKO SERVICE-GMBH DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

LITERATURTIPP:

KOLLEKTIVVERTRAG FÜR HANDELSARBEITER

Information zum Abschluss des Kollektivvertrags für Handelsarbeiter Österreichs per 1.1.2010

Broschüre, Jänner 2010
Preis € 5,- (inkl. 10% USt)
Nichtmitgliederpreis: € 8,-

Bestellung über die Service-GmbH der Wirtschaftskammer Österreich:
T 05 90 900 5050
F 05 90 900 236
E service@wko.at
http://webshop.wko.at

KONTAKT

ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG
Tuchlauben 12, A-1010 Wien
Tel. +43-(0)-1-535 12 75 - 0
Fax: +43-(0)-1-535 12 75-13
E-Mail: rechtsanwaelte@oerak.at
www.rechtsanwaelte.at

Vorsteuerabzug – § 12 UStG. Zum vorsteuerbegünstigten Kleinbus fehlt der notwendige Sitzplatz.

Verfassungsgerichtshof bestätigt Vorsteuerausschluss für „Opel Zafira“

Auf den „Opel Zafira“ ist die Vorsteuerausschlussbestimmung für Personen- und Kombinationskraftwagen anwendbar, weil mit diesem Fahrzeugtyp nicht 7 Personen in einer Art und Weise befördert werden können, wie sie die Verkehrsauffassung für eine Beförderung mit Bussen voraussetzt.

Der Sachverhalt stellt sich wie folgt dar: Der Beschwerdeführer machte in der Umsatzsteuererklärung für das Jahr 2001 Vorsteuern von ca EUR 1.100,- im Zusammenhang mit einem geleasten Fahrzeug der Marke „Opel Zafira Comfort 2,0 DTI“ (Länge 4.317 mm, Breite 1.742 mm, Höhe 1.684 mm) geltend. Strittig ist, ob dieses Fahrzeug von der Vorsteuerausschlussregelung des § 12 Abs 2 Z 2 lit b UStG erfasst wird.

Mit dem nunmehr angefochtenen Bescheid wies die belangte Behörde (im fortgesetzten Verfahren die Berufung des Beschwerdeführers als unbegründet ab. Begründend verwies sie in ihrer Entscheidung ua auch darauf, dass die Beförderungsmöglichkeit für mehr als 6 Personen zu den Voraussetzungen eines (Klein-) Busses gehöre. Für die Beurteilung der Beförderungskapazität sei nach der Rechtsprechung nicht (allein) auf die behördliche Zulassung des Fahrzeugs abzustellen, sondern auch auf die Verkehrsauffassung. Solcherart müsse die Beförderungsmöglichkeit für zumindest 7 Erwachsene mit einem dem Stand der Technik entsprechenden Komfort und Sicherheitsstandard gegeben sein. Um von einem Bus sprechen zu können, müssten die Sitzmöglichkeiten dafür geeignet sein, Erwachsene über einen längeren Zeitraum und damit eine längere Distanz zu befördern, wobei auch die räumlichen Voraussetzungen vorhanden sein müssten, um in einem Mindestausmaß Gepäckstücke der beförderten Passagiere mitbefördern zu können. Diese Voraussetzungen seien beim streitgegenständlichen Fahrzeug nicht erfüllt.

Kriterium der Personen- und Gepäcksbeförderungskapazität.

Gemäß Erkenntnis des VwGH vom 24.9.2008 erfordert ein Kleinbus – als Gegensatz zu Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen – kumulativ folgende Merkmale:

- die Kastenwagenförmigkeit (in Anlehnung an die Form des seinerzeitigen VW-Busses),
- eine Innenraumhöhe, die nach der Verkehrsauffassung einem Kleinbus zugemessen werde, sowie
- die Möglichkeit der Beförderung von (zumindest) 7 erwachsenen Personen über einen längeren Zeitraum und über eine längere Distanz mitsamt der Möglichkeit, in einem Mindestausmaß Gepäckstücke der beförderten Passagiere mitzubefördern.

Damit wurde keine Ausdehnung, sondern eine Auslegung der Regelungen des Erlasses vorgenommen. Vor diese Aufgabe war der VwGH insbesondere vor dem Hintergrund gestellt, dass mittlerweile Fahrzeugtypen (insbesondere solche kleineren Ausmaßes) auf dem Markt sind, die im Zeitpunkt des Ergehens des Erlasses und im Zeitpunkt des Inkrafttretens der 6. MwSt-Richtlinie für Österreich noch nicht existiert haben. Entgegen dem Beschwerdevorbringen ergibt sich aus dem Erlass ÄÖF 1987/330 in keiner Weise, dass er auf kraftfahrrechtliche Regelungen abstellt. Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen grundsätzlich ein Personenkraftwagen/Kombi vorliegt, hat der VwGH in ständiger Rechtsprechung zum Ausdruck gebracht, dass der Kategorisierung nach kraftfahrrechtlichen Vorschriften kein entscheidendes Gewicht zukommt.[1)]

FOTO: OPEL

Opel Zafira ist nicht als „7-Sitzer“ einzustufen.

Im nunmehr angefochtenen Bescheid trifft die belangte Behörde ua auch die Feststellung, dass sich das streitgegenständliche Fahrzeug zum entsprechenden Transport von mehr als 6 Personen über längere Strecken nicht eigne und insbesondere auch nicht das Gepäck einer solchen Anzahl beförderter Personen mitbefördert werden könne.

Hinter der dritten Sitzreihe (die beiden Sitze in der dritten Sitzreihe seien nicht, auch nicht hinsichtlich der Rückenlehne „verstellbar“) bestehe ein ca 102 cm breiter Gepäckraum mit einem Volumen von ca 150 l. Der Gepäckraum mittelgroßer PKW betrage demgegenüber bereits 250 l bis 500 l. Dazu komme im gegenständlichen Fall, dass das Ladevolumen deshalb nicht optimal genutzt werden könne, weil der Laderaum wegen der Schräge der Rückenlehnen der hinteren Sitze nach oben stetig abnehme. Somit stehe fest, dass die Mitnahme größerer oder auch nur mittlerer Reisetaschen oder Reisekoffer unmöglich sei. Selbst unter der Annahme, dass die beförderten Personen für ihr Gepäck „Reiserucksäcke“ verwendeten, müsse festgestellt werden, dass der Gepäckraum „vier, maximal fünf kleinere Reiserucksäcke mit den Maßen 15 x 30 x 50 cm“ aufnehmen könne, „wobei weitere Gegenstände, wie Mäntel etc bei einer derartigen Beladung keinen Platz mehr fänden“.

Dass diese Feststellungen unter Verletzung von Verfahrensvorschriften getroffen worden wären, zeigt die Beschwerde nicht auf. Bei dieser Sachlage ist der Beschwerdeführer durch den angefochtenen Bescheid nicht in subjektiven Rechten verletzt worden. Daran ändert nichts, dass es die belangte Behörde im angefochtenen Bescheid unterlassen hat, eine Aussage zur Frage zu tätigen, welche Mindest-Innenraumhöhe die Verkehrsauffassung für einen (Klein-)Bus voraussetzt, wiewohl eine solche Mindest-Innenraumhöhe nicht nur ein wesentliches Merkmal für das Erscheinungsbild als (Klein-) Bus ist, sondern von ihr auch das Ausmaß der Beschwerlichkeit für das Erreichen des Sitzplatzes bei jedem Einsteigen der Passagiere in das Fahrzeug und für das Verlassen des Sitzplatzes bei jedem Aussteigen der Passagiere aus dem Fahrzeug abhängt. (Beschwerde abgewiesen)

www.lexisnexis.at

Quellen: § 12 Abs 2 Z 2 lit b UStG; VwGH 25. 11. 2009, 2009/15/0184; In Bestätigung von UFS Feldkirch 28. 7. 2009, RV/0471-F/08, ARD 5990/3/2009

*1) **Anmerkung:** Der VwGH hat mit Erkenntnis vom 8. 7. 2009, 2009/15/0114, ARD 5990/4/2009, die Beschwerde einer Steuerpflichtigen gegen eine Berufungsentscheidung des UFS Feldkirch als unbegründet abgewiesen, mit der hinsichtlich eines Fahrzeugs der Marke Chevrolet Captiva die Vorsteuerausschlussbestimmung des § 12 Abs 2 Z 2 lit b UStG zur Anwendung gebracht worden ist – die Steuerpflichtige hat im Verwaltungsverfahren auf die Ähnlichkeit zum „Opel Zafira“ verwiesen. Der VwGH hat es in jenem Fall als nicht rechtswidrig erkannt, dass die belangte Behörde ein kastenwagenförmiges Äußere verneint hat und solcherart nicht von einem (Klein-)Bus ausgegangen ist. Fehlt es an einem kastenwagenförmigen Äußeren, sind bereits die Voraussetzungen eines Kleinbusses iSd § 5 der Verordnung BGBl II 2002/193 nicht erfüllt.*

Geschäftsführung – Rechtliche Rahmenbedingungen und Haftungsfragen

Seminar zur Geschäftsführerhaftung

Das Seminar zeigt wann es zu Haftungsfällen kommt und wie man diesen vorbeugen kann.

- (Verwaltungsstrafrechtliche) und Strafrechtliche Haftung
- Zivilrechtliche Haftung
- Arbeitsrecht
- Haftung des Prokuristen/ Geschäftsführers für Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge
- Haftung des Prokuristen/ Geschäftsführers für die Abfuhr von Unternehmenssteuern
- Versicherung von Managerrisken

Referenten:

- **Dr. Martin Freudhofmeier**, Partner, Deloitte Tax Wirtschaftsprüfungs GmbH
- **Dr. Norbert Griesmayr**, Vorsitzender des Vorstandes, VAV Versicherungs-AG
- **Dr. Bernhard Gröhs**, Partner, Deloitte Tax Wirtschaftsprüfungs GmbH
- **Dr. Helmut Preyer**, Partner, Burgstaller & Preyer Rechtsanwälte
- **Mag. Alexander Singer**, Partner, Singer Fössl Rechtsanwälte

Dienstag, 9. März 2010
9.00-18.00 Uhr
First Business & Conference Center, Millennium Tower

Information und Anmeldung:

confare
Gemeinsam. Besser. Machen.

Confare GmbH
Stryeckgasse 8/1, 1210 Wien
Tel. +43-(0)1-997 10 22
Fax. +43-(0)1-997 10 22 - 997
info@confare.at

GRATIS-TOOL **KOSTENLOSER ONLINE RECHNER FÜR UNTERNEHMEN**

haude electronica, österreichischer Software-Spezialist, bietet ab sofort kostenlose Online-Rechner auf seiner Website an. Die Online-Rechner werden laufend gewartet und sind daher immer auf dem aktuellsten rechtlichen Stand. >> www.haude.at

- **Brutto-Netto-Rechner** inkl. Dienstgeberkosten: rascher Überblick über Brutto-Nettogehälter sowie über Lohnnebenkosten
- **Lohnpfändungsrechner:** durch Angabe der Bezüge wird die Lohnpfändungsgrenze für normale Forderungen bzw. auch Unterhaltsforderungen berechnet und der pfändungsfreie, gepfändete und verbleibende Betrag wird angezeigt
- **Honorarrechner:** schnelle Durchführung Ihrer Honorarberechnung
- **Lohnsteuertabellen:** Sie geben die Bemessungsgrundlage ein und bekommen die Tages-, Monats- oder Jahreslohntabelle angezeigt
- **Bezugsvergleichsrechner:** hier bekommen Sie aufgrund des gewünschten Bruttojahres- oder Monatsverdienstes, den direkten Vergleich bei Vorliegen eines Dienstverhältnisses, einem freien Dienstvertrag bzw einem Arbeitsverhältnis auf Werksvertragsbasis angezeigt
- **Kreditrechner:** nach Eingabe des Kreditbetrages, Laufzeit, Zinssatzes, Kreditsteuer und –kosten werden die monatlichen Raten ausgerechnet. Der Gesamtrückzahlungsbetrag und die Zinsen werden separat angezeigt

- **Anspruchsverzinsung:** hier berechnen Sie die Anspruchsverzinsung für Steuernachzahlungen mit einem gewählten Zinssatz
- **KöSt-Berechnung:** nach Eingabe der relevanten Daten können Sie Ihre Schwebe-KöSt berechnen
- **Skontorechner:** nach Eingabe des Rechnungsbetrages und der Skontobedingungen wird Ihnen im Vergleich zu den Bankkonditionen vorgeschlagen welche für Sie günstigere Variante Sie wählen sollten.

WKO SERVICE-GMBH DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

LITERATURTIPP:

RECHTSTIPPS FÜR KLEINBETRIEBE

350 Tipps und Tricks für Kleinunternehmer – Ausnahmen, Befreiungen, Bagatellgrenzen

Rechtstipps für Kleinbetriebe, der Klassi-ker in der 16. Auflage, bietet wieder eine Übersicht und Zusammenfassung von Erleichterungen, Ausnahmen, Bagatellregelungen, Befreiungen und Begrenzungen für Kleinunternehmen sowie Randbereiche des Arbeits- und Werkvertragsrechtes mit Auswirkungen im steuerlichen, gewerberechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Bereich.

Autor: Klaus Vögl
Broschüre, Jänner 2010, 273 Seiten
Preis € 22,- (inkl. 10% USt)
Nichtmitgliederpreis: € 28,-

Bestellung über die Service-GmbH der Wirtschaftskammer Österreich:
T 05 90 900 5050
F 05 90 900 236
E service@wko.at
http://webshop.wko.at

LAW & TAX

Werbung bei Rechtsanwälten

Werbung ist nur zulässig, wenn sie wahr und sachlich ist und im Einklang mit Ehre und Ansehen des Standes steht. Dieses Gebot der Wahrheit und Sachlichkeit hat der Rechtsanwalt auch dann zu beachten, wenn er als Geschäftsführer einer Inkassogesellschaft tätig wird. Eine wahrheitswidrige Werbung steht nicht im Einklang mit Ehre und Ansehen des Standes. (OGH 10. 8. 2009, 15 Bkd 1/09)

Vignette als steuerfreie Sachzuwendung

Der § 3 Abs. 1 Z14 EStG normiert, dass geldwerte Vorteile aus der Teilnahme an Betriebsveranstaltungen (zB. Betriebsausflüge, kulturelle Veranstaltungen, Betriebsfeiern) bis zu einer Höhe von 365 Euro jährlich und dabei empfangene Sachzuwendungen bis zu einer Höhe von 186 Euro jährlich steuerfrei sind. Diese Sachzuwendungen könnten beispielsweise Geschenkgutscheine oder Geschenkskörbe sein. Der Wert dieser Vorteile ist dabei von der Einkommenssteuer befreit und ist daher nicht in die Bemessungsgrundlage für den Dienstgeberbeitrag einzubeziehen. In seiner jüngsten Entscheidung hat der UFS (UFS 27. 10. 2009, RV/0210-G/07) nun festgestellt, dass Autobahnvignetten, welche beispielsweise im Rahmen einer Weihnachtsfeier an alle Mitarbeiter verteilt werden, ebenfalls ein angemessenes Sachgeschenk ist und damit nicht der Einkommenssteuer unterliegen. www.sot.co.at

Umsatzsteuer. Bei sogenannten „Abholfällen“ ist künftig eine Vollmacht erforderlich.

Verschärfte Nachweispflichten bei innergemeinschaftlichen Lieferungen

Wegen gehäufter Umsatzsteuerbetrügereien verschärft das Finanzministerium die Nachweispflichten. Bei sogenannten „Abholfällen“ ist künftig eine Vollmacht erforderlich.

FOTO: VOLKSWAGEN

Die verschärften Nachweispflichten gelten bei sogenannten „Abholfällen“. Nicht betroffen sind die Fälle, in denen die Ware mit Bahn oder Post, mit einer Spedition, einem Frachtführer oder einem Paketdienst ins EU-Ausland befördert wird.

„Abholfälle“ sind solche, bei denen der Kunde selbst oder ein von ihm beauftragter unselbständiger Erfüllungsgehilfe (zB Mitarbeiter, Familienangehöriger oder sonstiger Beauftragter) die Ware abholt. Als „Ausfuhrnachweis“ bei Abholfällen gilt die Erklärung des Abholenden, die Ware in ein anderes EU-Land zu befördern. (Ein Muster einer solchen Erklärung befindet sich auf der Homepage der WKO). Die Erklärung muss vom Abholenden unterschrieben sein. Außerdem muss der Lieferant die Identität des Abholenden nachweisen (zB durch Kopie eines Führerscheines oder Reisespasses). Schickt der Abnehmer einen Mitarbeiter, einen Familienangehörigen oder einen sonstigen unselbständigen Erfüllungsgehilfen, muss neuerdings auch durch geeignete Unterlagen nachgewiesen werden, dass die konkret anwesende Person berechtigt ist, die Ware für den Abnehmer abzuholen. Die Abholbefugnis kann etwa durch eine Spezialvollmacht (Homepage WKO) nachgewiesen werden. Ist der Abnehmer eine Gesellschaft, genügt auch ein Firmenbuchauszug, aus dem sich ergibt, dass die abholende Person zur Vertretung der Gesellschaft befugt ist. Die Abholbefugnis muss spätestens nachweislich bei Aushändigung der Ware vorliegen. Lieferanten die den Nachweispflichten nicht vollständig und richtig nachkommen, riskieren Steuernachzahlungen.

Innergemeinschaftliche Lieferungen sind umsatzsteuerfrei, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind und der Lieferant diese nachweisen kann:

- Der Abnehmer ist ein Unternehmer aus einem anderen Mitgliedsstaat der EU

und

- Die Ware wird im Zuge der Lieferung von Österreich in den anderen EU-Mitgliedsstaat befördert oder versendet.

Änderungen bei der Zusammenfassenden Meldung ab 2010.

Unternehmer, die innergemeinschaftliche (ig) Lieferungen und ig Verbringen ausführen, haben beim Finanzamt eine „Zusammenfassende Meldung“ (ZM) abzugeben. Neu ab 01.01.2010 ist, dass auch im übrigen Gemeinschaftsgebiet ausgeführte sonstige Leistungen, für die die Steuerschuld auf den Leistungsempfänger übergeht (Umkehr der Steuerschuld/Reverse Charge Verfahren), in die ZM aufzunehmen sind. Die ZM ist monatlich zu erstellen. Nur für Unternehmer mit einem Vorjahresumsatz unter EUR 30.000,- (bisher EUR 22.000,-), welche die Umsatzsteuer vierteljährlich berechnen, beträgt der Meldezeitraum ein Vierteljahr. Die ZM ist bis zum Ablauf des auf den Meldezeitraum folgenden Kalendermonats, in dem die ig Lieferung ausgeführt wurde bzw. die sonstige Leistung erbracht wurde, abzugeben. Zu beachten ist die verkürzte Frist bei elektronischer Abgabe. Wenn ein Internetanschluss vorhanden ist und der Vorjahresumsatz EUR 100.000,- überschritten hat, ist die ZM elektronisch zu übermitteln. Die Frist für die Einreichung der ZM ist ab dem Meldezeitraum Jänner 2010 sowohl für die Einreichung in Papierform als auch in elektronischer Form der letzte Kalendertag des Folgemonates (für die elektronische Einreichung bedeutet dies eine Verkürzung der Frist um 15 Kalendertage gegenüber bisher). Es ist der amtliche Vordruck (Formular U 13 und U 14) zu verwenden. Die Formulare sind auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen unter www.bmf.gv.at verfügbar bzw dort anzufordern.

In der ZM sind die UID-Nummer jedes Abnehmers und die Summe der Bemessungsgrundlagen für jeden Abnehmer (innergemeinschaftliche Lieferungen, sonstige Leistungen) bekannt zu geben.

www.wko.at

WKO SERVICE-GMBH DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

LITERATURTIPP:

KOLLEKTIVVERTRAG FÜR ANGESTELLTE UND LEHRLINGE IN HANDELSBETRIEBEN

Information zum Abschluss des Kollektivvertrages für die Handelsangestellten Österreichs per 1.1.2010

Broschüre, Jänner 2010
Preis € 6,- (inkl. 10% USt)
Nichtmitgliederpreis: € 9,-

Bestellung über die Service-GmbH der Wirtschaftskammer Österreich:
T 05 90 900 5050
F 05 90 900 236
E service@wko.at
http://webshop.wko.at

Zollunion. Excise Movement and Control System.

Neues „EMCS“-Verfahren bei der Beförderung unter Steueraussetzung

Das EMCS (System zur Kontrolle der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren) ist ein EDV-System für die Überwachung der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren unter Steueraussetzung innerhalb der EU. Ab 1. April 2010 wird dieses System das Papierformular, das zurzeit Beförderungen dieser Art begleitet, durch elektronische Mitteilungen des Versenders an den Empfänger über die Verwaltungen der Mitgliedstaaten ersetzen.

Das mit der Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rats eingeführte EDV-System dient der Modernisierung und der Beschleunigung des Verfahrens. Weiters ermöglicht es den Mitgliedstaaten, laufende Beförderungen in Echtzeit zu verfolgen und allfällige Vorabkontrollen zu veranlassen. Zusätzlich dazu soll das EDV-System für den im Rahmen der verbesserten Amtshilferegelungen vorgesehenen elektronischen Informationsaustausch eingesetzt werden.

Das EMCS wird bis 2010 in „1+3“-Phasen (Phase 0 und Phasen 1, 2 und 3) eingeführt. Phase 0 umfasst den Support und die Wartung der vorhandenen Systeme im Bereich Verbrauchsteuern (SEED, MVS und EWSE) bis zur Einführung des EMCS. Bei Phase 1 handelt es sich um die Vorbereitungsphase. Die Hauptaufgabe in dieser Phase ist die Erstellung der Systemspezifikationen. In den Phasen 2 und 3 sollen sowohl die Entwicklung als auch die Einführung des Systems erfolgen. Auf Gemeinschaftsebene zeichnet die Europäische Kommission (GD TAXUD, Direktion D) für das Projekt verantwortlich.

Seit der Bildung des Binnenmarktes am 1. Januar 1993 durfte die innergemeinschaftliche Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren unter Steueraussetzung ausschließlich zwischen zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten erfolgen. Diese Beförderungen mussten unter Beigabe eines Dokuments in Papierform – dem begleitenden Verwaltungsdokument (BVD) – und der Hinterlegung einer finanziellen Sicherheitsleistung stattfinden. Sowohl das BVD als auch die Sicherheitsleistung durften erst nach Eingang der Waren am Bestimmungsort freigegeben werden. Das System wurde eingerichtet, um die Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren innerhalb der Gemeinschaft zu überwachen und um die Entrichtung der Steuern in jenem Mitgliedstaat zu gewährleisten, in dem die Waren zum Verbrauch bestimmt sind, wobei das Prinzip des freien Warenverkehrs im Binnenmarkt zu achten ist. Vor 1993 wurden diese Beförderungen durch Zollkontrollen an den Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten überwacht.

Aufgrund der Zunahme von Betrugsfällen in den Mitgliedstaaten und entsprechender Steuerausfälle, insbesondere in den Bereichen Tabakwaren und Alkohol, befürwortete der Rat „Wirtschaft und Finanzen“ die Entwicklung und EInführung des EMCS.

http://www.bmf.gv.at/EGovernment/ExciseMovementContr_5681/_start.htm

EMCS-Fahrplan

- **1. April 2010**: EMCS wird in Betrieb genommen
- **1. April bis 31. Dezember 2010**: Umstellungszeitraum
- **1. Januar 2011**: EMCS muss für entsprechende Beförderungen verbrauchsteuerpflichtiger Waren verpflichtend eingesetzt werden

EMCS bedeutet:

- **Vereinfachung der Verfahren**
- **Papierlose Verwaltung**
- **Absicherung der Beförderung von Waren** (durch Prüfung der Händler-Daten vor dem Warenversand)
- **Schnellere Freigabe der Sicherheit** (durch die Gewährleistung einer schnelleren und sichereren Rücksendung des Nachweises, dass die Waren an ihrem Bestimmungsort angekommen sind)
- **Effektive Überwachung der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren mittels Echtzeitdaten und Kontrollen bei der Beförderung**

Gesellschaftsrecht. Haftungsrisiken der GmbH-GeschäftsführerInnen.

Im Vorzeichen der Insolvenz – Haftungsfallen im GmbH-Management

Die Einschätzungen zur Wirtschaftslage am österreichischen KMU-Markt sind im Vergleich zu Vorjahren massiv eingebrochen. Ausbleibende Forderungen, mangelnde Auftragslage und somit sinkende Umsätze oder schlicht Fehler des Managements können Insolvenzen auslösen. In den Seminaren von Univ.-Prof. Dr. Markus Dellinger erfährt das Management heimischer Unternehmen Neues zu rechtlichen Anforderungen und daraus resultierenden möglichen Haftungsverpflichtungen.

Lexpress: *Herr Dr. Dellinger, wo sehen Sie die häufigsten Risken der Geschäftsführung in der Rechtsform einer GmbH?*
Dr. Markus Dellinger: „Im Zusammenhang mit einer möglichen Insolvenz ist das Haftungsrisiko am Größten. Die Geschäftsführung einer insolventen GmbH hat im Insolvenzfall bei Verletzung abgabenrechtlicher oder sozialversicherungsrechtlicher Pflichten mit erheblichen öffentlich-rechtlichen Haftungen zu rechnen. Im privatrechtlichen Bereich haften die Geschäftsführer unbeschränkt mit ihrem gesamten persönlichen Vermögen für Schäden, die sie der GmbH zugefügt haben. Ausnahmsweise, nämlich zB bei Konkursverschleppung, gibt es auch eine direkte Haftung gegenüber Gesellschaftsgläubigern. Für die Haftung genügt es wenn die ‚Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmanns' fahrlässig verletzt wird. "

Eine Frage zur Beweislast: Wie ist ein vernünftiger Nachweis zur Sorgfalt zu erbringen?
Dr. Markus Dellinger: „Die Beweislast für die Einhaltung der gebotenen Sorgfalt trifft den Geschäftsführer. Daher muss man rechtzeitig Beweise sammeln, Unterlagen aufheben und zB Aktenvermerke schreiben."

Welche „Fallen" können sich im öffentlich-rechtlichen Bereich auftun bzw wie sind Risiken zu vermeiden?
Dr. Markus Dellinger: „Wenn Abgaben- oder Sozialversicherungsverbindlichkeiten bei der GmbH uneinbringlich sind, kann es sein, dass der Geschäftsführer persönlich haftet. Voraussetzung ist, wie gesagt, die Verletzung von einschlägigen Pflichten, zB die Nichtanmeldung von Arbeitnehmern, die Abgabe einer unrichtigen Steuererklärung etc. Daneben gibt es verwaltungsstrafrechtliche Risiken, wenn zB gewerberechtliche Vorschriften oder Arbeitnehmerschutzvorschriften nicht eingehalten werden. Aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten wie der Konkursantragspflicht kann sich aber auch eine massive zivilrechtliche Haftung ergeben. Das Nicht-Erkennen einer Insolvenzphase – die Konkursverschleppung – lässt den Masseverwalter aktiv werden."

Kann schon eine momentane Zahlungsunfähigkeit die drohende Insolvenz anzeigen?
Dr. Markus Dellinger: „Wenn das Unvermögen, die fälligen Verbindlichkeiten zu begleichen, voraussichtlich bald wieder behoben werden kann, spricht man noch nicht von Zahlungsunfähigkeit, sondern nur von „Zahlungsstockung". Eine solche bloße Zahlungsstockung verpflichtet für sich ge-nommen noch nicht zur Konkursantragstellung. Häufig liegt aber ohnehin bereits Überschuldung vor. Da die Überschuldung nicht nach Buchwerten, sondern nach Liquidationswerten zu ermitteln ist, kann sie selbst dann vorliegen, wenn das Unternehmen bilanztechnisch unter der Going-concern-Prämisse noch über Eigenkapital verfügt. Deshalb empfiehlt sich die Erstellung einer Fortbestehensprognose zB schon dann, wenn etwa das halbe Stammkapital weg ist. Bei der Fortbestehensprognose ist zu erfragen, ob die Ertragskraft genügt, um die jeweils fälligen Verbindlichkeiten auch in Zukunft zu erfüllen? Ist eine positive Einschätzung auf Jahressicht nicht möglich, so ist schon bei rechnerischer Überschuldung der Konkurs zu beantragen. Dies wird in der Praxis mit großer Regelmäßigkeit verabsäumt."

FOTO: WIFI

ao. Univ.-Prof. Dr. Markus Dellinger
Professor am Institut für Unternehmens- und Wirtschaftsrecht der Universität Wien, Syndikus des Österreichischen Raiffeisenverbandes.

Folgenschwere Managementfehler passieren nicht nur bei Großunternehmen …
Dr. Markus Dellinger: „Solange eine GmbH erfolgreich wirtschaftet sind eventuell begangene Fehler von der guten Ertragssituaüberdeckt. Ob nun die rechtzeitige Personalaufstockung bzw –reduktion durchgeführt wurde, ein Markt effizient erschlossen oder die Produktion im Bedarfsfall gesteigert werden konnte – Managementfehler kommen wohl immer wieder vor. Man kann vom Geschäftsführer auch nicht verlangen alles, im Nachhinein betrachtet, richtig gemacht zu haben. Aber es besteht die Verpflichtung, im Vorhinein betrachtet, „vernünftige" Entscheidungen zu treffen. Haftungsrisiken bestehen aber nicht nur im Rahmen einer Insolvenz. Besondere Vorsicht ist auch angebracht bei einem Eigentümer-wechsel und auch beim Geschäftsführerwechsel. In Familienunternehmen können als Begleitmusik mit einer Ehescheidung auch gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten einhergehen."

Gibt es eine Zeitspanne, nach der man wieder ruhig schlafen kann?
Dr. Markus Dellinger: „Die Haftung der Geschäftsführung verjährt erst nach 5 Jahren. Darüber hinaus besteht eine absolute Verjährungsfrist von vierzig Jahren – eine Zeitspanne, welche wenig Hoffnung zur Entlastung bietet. Wer allerdings seine Rechte und Pflichten sowie damit verbundene Gefahren kennt, vermag die Haftungsrisiken zu minimieren."

ANMELDUNG ZUM SEMINAR

Haftungsrisiken der GmbH-Geschäftsführer/innen

Fr. 30. April 2010
09:00 - 17:00 Uhr
WIFI Wien,
1180 Wien, Währinger Gürtel 97

Kosten: EUR 445,-
BuchungsNr.: 24333029
Fax-Nr.: +43-(0)1/ 476 77-5239
E-Mail: managementforum@wifiwien.at

INHALT
- **Die Haftung gegenüber der eigenen GmbH**
  - Pflicht zur „fachlich einwandfreien Leitung" der Gesellschaft
  - Beweislastverteilung und unternehmerisches Risiko
  - Verantwortlichkeit bei Geschäftsverteilung
  - Weisungsunterworfenheit und Haftungsbefreiung
- **Haftung im Gewerbe-, Arbeits-, Steuer- und Sozialversicherungsrecht**
- **Haftung gegenüber der Gesellschaft und den Gläubigern für Verhaltenspflichten in der Krise**
  - Die Phase vor Eintritt der Insolvenz
  - Prüfung der Überschuldung
  - Konkursantragspflicht und Haftungsrisiken der Geschäftsführung
  - Kridastrafrecht

NUTZEN: Anhand der neuesten Judikatur und Gesetzgebung erfahren GmbH-GeschäftsführerInnen und Führungskräfte rechtliche Anforderungen, aus denen sich mögliche Haftungsansprüche ergeben können, um so persönliche Risiken zu minimieren.

Informationen: Petra Nill
Tel. +43-(0)1-476 77 - 5232
E-Mail: nill@wifiwien.at
www.wifi.at/managementforum

BUCHVERLOSUNG

WIFI MANAGEMENT FORUM und LEXPRESS verlosen 10 Exemplare des Handbuchs Geschäftsführerhaftung.

Die Auslosung erfolgt in der Reihenfolge der Einsendungen an E-Mail: managementforum@wifiwien.at

GmbH-Geschäftsführer haben nicht nur einen strengen Sorgfaltsmaßstab einzuhalten, sondern sehen sich darüber hinaus einer großen Zahl von Vorschriften des privaten und öffentlichen Rechts gegenüber, deren Unkenntnis bzw. Nichtbeachtung zur persönlichen Haftung führen kann.

Hrsg. v. Thomas Ratka u. Roman Rauter
Gebunden, 438 Seiten

WIFI MANAGEMENT FORUM
WERT ZU WISSEN

FOTO: SXC.HU

Erste Rechtsprechung zur Frage, ob ein GmbH-Geschäftsführer für Prozesskosten eines Wettbewerbsprozesses wegen verbotener E-Mail-Werbung haftet: E-Mails zu Werbezwekken ohne vorherige Einwilligung des Teilnehmers sind unzulässig und stellen auch einen (unmittelbaren) Verstoß gegen § 1 UWG dar.

Wettbewerbsprozess. Haftung der GmbH-Geschäftsführer für Prozesskosten?

Prozess wegen E-Mails zu Werbezwecken

Wurde gegen eine GmbH wegen eines solchen Wettbewerbsverstoßes ein Prozess geführt, dessen Kosten bei der insolvent gewordenen (und daher nun aufgelösten) GmbH uneinbringlich sind, ist für eine Haftung der Geschäftführerin der GmbH für diese Prozesskosten ein sonstiges rechtswidriges Verhalten als Geschäftsführerin Voraussetzung, das ihr persönlich vorwerfbar ist und das für den Schaden adäquat kausal war. Auf die Frage, ob der Geschäftsführerin auch persönlich ein Verstoß gegen § 107 TKG 2003 vorgeworfen werden kann (und sie daher im Vorprozess mitgeklagt hätte werden können), kommt es nicht an.

Entscheidung:
Nach Ansicht des OGH ist der geltend gemachte Kostenersatzanspruch nicht vom Schutzzweck § 107 TKG 2003 erfasst. Die Ersatzforderung stelle auch keinen Beseitigsungsanspruch iSd § 15 UWG dar, weil ein solcher Beseitigungsanspruch der Abwehr noch fortdauernder Störungen diene. Die behauptete zivilrechtliche Haftung für den Kostenschaden könne auch nicht auch aus der allfälligen verwaltungsstrafrechtlichen Verantwortung der Geschäftsführerin nach § 9 VStG abgeleitet werden. Eine Haftung der Geschäftsführerin käme nur aus dem Titel des Schadenersatzes in Betracht, wofür aber ein sonstiges rechtswidriges Verhalten als Geschäftsführerin der GmbH Voraussetzung wäre, das ihr persönlich vorwerfbar und für den Schaden adäquat kausal war. Ein solches Verhalten habe die Klägerin zwar behauptet, indem sie den Vorwurf erhob, die Beklagte habe als Geschäftsführerin eine aussichtslose Prozessführung samt wissentlich falscher Behauptungen zu verantworten. Der Nachweis dieser, eine Haftung wegen absichtlicher sittenwidriger Schädigung begründenden, Behauptungen sei der Klägerin allerdings nicht gelungen. Dass die Beklagte die Uneinbringlichkeit der Prozesskosten etwa deshalb zu vertreten hätte, weil sie als Geschäftsführerin an der Insolvenz der GmbH ein Verschulden träfe, habe sie gar nicht behauptet, geschweige denn bewiesen. Auf die Frage, ob der Geschäftsführerin auch persönlich ein Verstoß gegen § 107 TKG 2003 vorgeworfen werden könne (und sie daher im Vorprozess mitgeklagt hätte werden können), komme es nicht an.

Quellen: OGH 30. 9. 2009, 7 Ob 166/09a
TKG 2003: § 107, UWG: § 1

Turnaround 2010. Rund 1.000 KMU zeichnen in der Studie ein deutliches Stimmungsbild der österreichischen KMU-Landschaft.

KMU orten akuten Handlungsbedarf bei öffentlicher Hand und Interessensvertretungen

Peter Hirschfeld – Gründer und Geschäftsführer der UIK-austria – präsentierte mit Mag. Birgitta Wallner (YouGovPsychonomics AG) in den Räumen der Wirtschaftsplattform GO AHEAD! die aktuelle KMU Studie zum Turnaround 2010. Neben den unternehmerischen Dauerbrennern wie speziellen Förderungsangeboten für KMU, Senkung der Lohnnebenkosten, Bürokratiereduktion, Investitionserleichterung, schnellerer Abschreibungsmöglichkeit von Investitionen, gilt es die Signale jener, die für das Funktionieren der Volkswirtschaft in der Realität verantwortlich sind, aufzugreifen.

V.l.n.r. Mag. Birgitta Wallner (YouGovPsychonomics), Mag. Nikolaus Kimla (GO AHEAD!), Peter Hirschfeld (UIK austria), Sandra Otto (UIK austria), Bela Virag (Bereichsleiter Business Marketing T-Mobile Austria), Komm.-Rat Margarete Kriz-Zwittkovits (Österreichischer Gewerbeverein) und Dr. Othmar Hill (Hill International GmbH)

„Es ist höchste Zeit, die mittelständische Wirtschaft – auch in den Interessensvertretungen – stärker zu berücksichtigen. Über drei Viertel negatives Feedback für die Kammerorganisation fordert nach einer Korrektur dieser Schieflage zu Gunsten der österreichischen KMU“, gibt sich Peter Hirschfeld kämpferisch.

Die Ergebnisse.

- 92% aller KMU sind mit der Steuern- und Abgabenhöhe unzufrieden
- 90% kritisieren die Ausschreibungsmodalitäten der öffentlichen Hand
- 86% können sich mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung nicht identifizieren – kein einziger (!!!) Betrieb war/ist mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung „sehr zufrieden“
- 81% sehen Handlungsbedarf bei den Förderungsangeboten für KMU
- 77% sind mit der Unterstützung der Interessensvertretungen wenig bis gar nicht zufrieden.

Die Bedeutung dieser Aussagen wiegen noch stärker, wenn man sie im Kontext der wirtschaftspolitischen Realität sieht:

- Über 99% der Betriebe in Österreich sind KMU.
- Mehr als 80% der Unternehmen beschäftigen unter 10 Mitarbeiter.
- Es sind rund 1.500 Betriebe, die mehr als 250 Mitarbeiter Arbeit geben – aber rund eine Viertelmillion Unternehmen die unter 250 Mitarbeiter beschäftigen. (Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger)

Drei Viertel der KMU glauben an positive Entwicklung.

Die heimische mittelständische Wirtschaft sieht das abgelaufene Jahr 2009 als (sehr) schlechtes/ schwieriges Jahr. Mehr als die Hälfte der KMU glauben an eine positive Entwicklung 2010. Den nächsten fünf Jahren bis 2015 stehen drei Viertel der Unternehmen wiederum positiv gegenüber. Die Ertragspotenziale werden vornehmlich im eigenen Land gesehen. Über zwei Drittel haben Österreich im Fokus, weitere 22% konzentrieren sich auf die D-A-CH – Region (Deutschland/ Österreich/ Schweiz). Lediglich 4% sehen ihre künftigen Chancen in Osteuropa und 2% in Asien/ Indien/ China.

Betriebsintern sind Klein- und Mittelunternehmen gut aufgestellt. Hinsichtlich der EDV- und Telekommunikationsinfrastruktur, der Nutzung von Internet und e-commerce, dem Firmenstandort sowie dem eigenen Produktportfolio beurteilen sich die österreichischen KMU selbst als gut aufgestellt. „Hinsichtlich der Eigen- und Risikokapitalausstattung für Innovationen und Expansion hingegen ortet man Verbesserungspotenzial. Neukundenakquisition, effizienter Umgang mit der Bürokratie sowie Einsparungen bei Personalkosten und Sozialaufwand sind Bereiche, bei denen künftig interner Handlungsbedarf gesehen wird“, summiert Mag. Brigitta Wallner.

Der Unternehmenswettbewerb Turnaround 2010.

Peter Hirschfeld – Mastermind des Turnaround Awards und Gründer der UIK-austria – erklärt: „Der Turnaround sucht jene Unternehmen und ihre Manager, die ohne eindimensionales Costcutting und Mitarbeiterentlassungen Auswege aus einer unternehmerisch schwierigen Situation gefunden haben. Bestechende Produktideen, beeindruckende Marketingmaßnahmen, ungewöhnliche „Markteroberungen – das ist es, was wir suchen.“ Der Turnaround Award 2010 als Ergebnis einer einzigartigen Meinungserhebung unter den österreichischen KMU stellt den publikumswirksamen Höhepunkt dar.

Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der Unternehmenslandschaft und haben damit wesentlichen Einfluss auf die Wirtschaftsstruktur. Dies gilt für die gesamte Europäische Union und im Besonderen für Österreich, wo der unternehmerische Mittelstand noch stärker ausgeprägt ist.

UNTERNEHMENSWETTBEWERB TURNAROUND 2010

Der Unternehmenswettbewerb Turnaround 2010 prämiert Betriebe, die sich über unkonventionelle Ideen aus wirtschaftlichen Notsituationen befreit haben. Teilnahmeberechtigt waren alle österreichischen KMU bis 500 Mitarbeiter im Marktforschungszeitraum 9. November 2009 bis 9. Dezember 2009. Die Preise werden von einer unabhängigen, fünfköpfigen Fach-Jury bewertet und zugesprochen.

Die Verleihung wird anlässlich des Turnaround Awards am 25. Februar 2010 im T-Center von T-Mobile stattfinden.

KONTAKT

www.uik-austria.at

Markteinstieg. Chance für österreichische Lieferanten mit Bio-Lebensmittelprodukten.

Exportchance: Bio-Boom in Frankreich

DI Jean-Luc Dautriat, Akkreditierter Export-Berater und Partner der Beratergruppe M27 – als Dachmarke steht M27 für paneuropäische Beratungsdienstleistungen. Schwerpunkte sind Wachstumsthemen: Neue Auslandsmärkte, neue Betriebsstätten, neue Produktentwicklungen, neue Partner.

Der Markt in Frankreich bietet Unternehmen aus Österreich gute Erfolgsaussichten. „Mit 10 Jahren Verspätung ist es soweit. Biologische Lebensmittel sind plötzlich der Renner“ erklärt M27 Partner und gebürtiger Franzose Jean-Luc Dautriat. Momentan haben alle biologischen Produktsegmente beste Chancen.

Die Franzosen erleben derzeit den ersten Bio-Hype und weisen mit einer Einwohnerzahl von 64 Millionen ein enormes Markt- und Wachstumspotenzial auf. Wer eine Listung in Frankreich schafft, kann mit mehr Umsatz als vergleichsweise bei einer Expansion/beim Export nach Deutschland rechnen. Grund dafür ist, dass französische Einkäufer im eigenen Land zu wenig Lieferanten mit Bio-Produkten finden. Ein weiterer Aspekt ist die Wertigkeit von Bio-Produkten der Franzosen. Findet man in Österreich diese gemeinsam mit anderen Lebensmitteln in den Regalen, widmen die großen Lebensmitteleinzelhändler bereits ganze Bereiche dem Bio-Thema. Dem gesundheitsbewussten Kunden mit entsprechendem Budget werden Mehl, Butter, Milch, Eier und vieles mehr übersichtlich in einer Abteilung präsentiert.

„Für den Markteinstieg bieten sich zwei Varianten an“ sagt M27 Berater Dautriat über einen Marktaufbau. Zum einen als Private Label – der Hersteller bleibt unbekannt – oder die Vermarktung als Eigenmarke. „Der Markt in Frankreich ist im Vergleich zu Deutschland noch offen. Lieferanten/Bio-Produkte-Hersteller sollten jetzt rasch eine EU-Zertifizierung einreichen und diese Chance nutzen“ so Dautriat.

M27 betreut bereits ua zwei niederösterreichische Unternehmen beim Markteintritt und Marktaufbau in Frankreich. Das niederösterreichische Mühlenunternehmen Mantler (Rosenburg/Kamp) plant mit seinen glutenfreien Mehl und Backmischungen den französischen Markt zu erobern, ebenso wie die Biomühle Hans Hofer GmbH, die größte österreichische Biomühle mit dem Standort in Wiener Neustadt, an dem ausschließlich biologischen Mehle hergestellt werden. Die ausgewählten Vertriebskanäle für diese Kunden sind sowohl große LEH-Ketten als auch Biofachgeschäfte.

KONTAKT

M27 Consulting GmbH
Prechtlgasse 9/19, A-1090 Wien
E-Mail: office@m27.eu
www.m27.eu

Förderungen „Neue Medien“

Einreichung ab sofort bis 9.3.2010

Der Call Media Vienna 2010 richtet sich an Wiener KMU sowie UnternehmensgründerInnen, die Produkt-, Dienstleistungs- oder Verfahrensinnovationen in den Bereichen Bewegtbild, Mobiles Internet und/oder Games entwickeln und diese wirtschaftlich verwerten wollen. Förderbar sind u.a. interne Personalkosten, Sachinvestitionen und externe Leistungen wie z.B. Vermarktungskonzepte, Machbarkeitsstudien oder die Unterstützung bei der technischen Umsetzung. Die Förderquote beträgt 35% für kleine, 25% für mittlere Unternehmen. Einen kostenlosen Erstcheck bietet dazu das Beratungsunternehmen M27:

Mag. (FH) Andreas Mössenlechner
Tel. +43-(0)1 - 533 10 90
andreas.moessenlechner@m27.eu
www.m27.eu

KMU-Strategien. Die neue Überforderung des Mittelstands.

Weniger Staat, mehr Mittelstand

„Unsere mittelständische Unternehmenskultur steht an einem Wendepunkt. Wir brauchen sie in Zukunft mehr denn je. Doch der Druck auf KMU wächst weiter - sie sollen über ihre Bedeutung für Beschäftigung und Steuern nun auch noch im Sozial- und Gesundheitsbereich tragende Rollen spielen. Das ist der falsche Weg“, warnt Autor und Unternehmer Mag. Nikolaus Kimla und entwirft konkrete Strategien.

In „Leere Kassen – Neue Lasten“, zeigt Nikolaus Kimla wo akuter Handlungsbedarf besteht und warum ein rasches Umdenken gefordert ist. „Die Herausforderungen der Zukunft lassen sich nicht mit mehr Staat, sondern nur mit mehr Mittelstand bewältigen“.

Die Belastungen auf Klein- und Mittelunternehmen steigen. Über die systemerhaltenden Abgaben der KMU hinaus wird von ihnen die Erfüllung eines überaus breiten gesellschaftlichen Leistungskatalogs verlangt. Es reicht schon lang nicht mehr, wenn Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich sind, Arbeitsplätze bieten und Steuern zahlen. Sie sollen auch soziale Verantwortungsträger, Gesundheitsdienstleister, Demografiemanager und vieles mehr sein.

Mittelstand am Wendepunkt

Parallel zum Belastungskarussell wird das gesellschaftliche und mediale Klima unternehmerfeindlicher. Manager- und Unternehmer-Bashing ist zum verbalen Volkssport geworden. Wer sich zum Gewinnemachen bekennt steht unter neoliberalem Generalverdacht. Und Arbeitnehmer-Interessenvertreter haben den Klassenkampf aus der ideologischen Klamottenkiste ausgepackt. Der Staat und somit die Gesellschaft sind aber existenziell auf jegliche Leistungen der – nicht systemrelevanten – Unternehmen angewiesen und benötigen diese stärker denn je. Die mittelständische Wirtschaft steht nun an einem Wendepunkt. Wird die Anspruchsschraube weiter zugedreht, droht in absehbarer Zeit der Kollaps des Systems.

Im Sog der Wirtschaftskrise wurden „Die Schuldigen“ bereits ausgemacht und abgeurteilt. Der Forderung nach neuen Regulierungen ist man nachgekommen und der Zug in Richtung mehr Staat fährt voran – eine politische Entscheidung mit Blick auf die Wähler. Staatlicher Interventionismus be- und verhindert aber die Freisetzung dringend benötigter unternehmerischer Kraft. Die Schlüsselkonzepte einer zukunftsverträglichen Entwicklung – freies und eigenverantwortliches Unternehmertum – gilt es wiederzuentdecken und medial und politisch neu zu verankern. Nun setzt dies allerdings gesellschaftliches Wissen um Wertehaltung und Menschenbilder voraus, die Grundlage für jede Wirtschafts- und Sozialordnung. Die „Österreichische Schule der Nationalökonomie“ sieht die Lehre vom menschlichen Handeln. Sie eröffnet einen humanen Zugang, der sich am persönlichen Handeln und den persönlichen Zielen des Menschen orientiert. Gegenstand ihrer Forschung ist die konkrete Entscheidung zwischen gegebenen Möglichkeiten. Die Bürger erscheinen aber freiheitsmüde und der Staat geriert sich so als Tugendwächter mit allen ergreifbaren Maßnahmen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise kann jedoch nicht losgelöst von der Krise der Freiheit gesehen werden.

Mag. Nikolaus Kimla, Gründer des IT-Unternehmens uptime ITechnologies, das die österreichische IT-Landschaft seit Anfang der 1990er Jahre maßgeblich mitgetragen hat, und Initiator der Wirtschaftsplattform GO AHEAD!

„Nur eine Wirtschaftskultur, die auf Freiheit, Leistung und Eingenverantwortung basiert, kann Wertschöpfung und Chancen für die Zukunft sichern. Kernaufgabe dabei ist die Förderung und Unterstützung mittelständischer Unternehmen in allen Themenbereichen des wirtschaftlichen Handelns.“, so Mag. Nikolaus Kimla.

Nikolaus Kimla
Leere Kassen Neue Lasten.
Schluss mit der Überforderung der Klein- und Mittelbetriebe. (160 S.)

2009 Molden Verlag. ISBN 978-3-85485-255-1
www.ichlese.at **€ 19,95**

Nef-Studie. Die Berechnung des tatsächlichen, gesellschaftlichen Werts verschiedener Berufe.

Reicht ein wenig reich?

Finanzielle Anreize üben große Macht aus, und man neigt dazu, sie in übermäßigem Umfang einigen der Berufe zukommen zu lassen, die größte Belastungen für Gesellschaft und Umwelt produzieren. Dies führt zu einer Begünstigung von nicht wünschenswertem Verhalten, während positives Handeln geächtet wird. Die Nef-Studie mag aufzuzeigen, dass kein direkter Zusammenhang zwischen hoher Entlohnung und positiver Leistung für die Gesellschaft besteht – ein Ansinnen vorherrschende Mythen über Bezahlung und Wertschöpfung ad absurdum zu führen.

Mythos 1: Das Londoner Bankenviertel ist für die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs unverzichtbar.

Der allgemeine Zugang zu Kapital und Finanzierungsmöglichkeiten war für die Volkswirtschaft Großbritanniens von wesentlicher Bedeutung. Mittlerweile liegt der Anteil der Londoner City an der britischen Wertschöpfung den höchsten Schätzungen zufolge bei drei Prozent – gegenüber 12,5 Prozent des verarbeitenden Gewerbes.

Mythos 2: Niedriglohnjobs sind die erste, niedrige Sprosse auf der Karriereleiter – Aufstiegschancen stehen allen gleichermaßen offen.

Der Höhe der Einkommensungleichheit versetzt Besserverdienende in die Lage, ihre soziale Stellung und die ihrer Kinder durch den Erwerb von Bildung und die Anhäufung von Vermögen zu sichern oder gar auszubauen. Die einzige Möglichkeit, die Chancen- und auch die Ergebnisgleichheit zu verbessern, wäre, die Karriereleiter von vornherein zu verkürzen.

Mythos 3: Lohngefälle spielen keine Rolle, solange wir die Armut beseitigen.

Letztendlich führen die Klassenunterschiede zu solchen gesellschaftlichen Problemen wie Kriminalität, schlechter Gesundheitsversorgung, niedrigem Bildungsniveau und Drogenproblematik.

Mythos 4: Wir müssen hohe Gehälter zahlen, um die größten Talente im Lande zu halten.

Hohe Gehälter weisen nicht notwendigerweise auf große Befähigung hin – und nicht zwangsläufig müssen die Besten der Besten dem höchsten Salär hinterher reisen. Viele Hinweise deuten stattdessen darauf hin, dass Länder mit größerer sozialer Gleichheit sich durchaus ein gutes Maß an Innovations- und Kulturkapital bewahren können.

Mythos 5: Besserverdienende arbeiten härter.

Die Menschen am unteren Verteilungsende verbringen mehr Zeit mit Hausarbeit und Kinderbetreuung als Hochbezahlte. Sie müssen sich zudem auch eher einen Zweitjob suchen, da dies für viele der einzige Weg ist, Armut zu vermeiden.

Mythos 6: Die Privatwirtschaft ist effizienter als der öffentliche Bereich.

Der Mythos der effizienteren Privatwirtschaft ist die sinnstiftende Kraft hinter der Privatisierungswelle, die Einrichtungen des öffentlichen Dienstes in private Hand gibt und sie dem Wettbewerb aussetzt. Wettbewerbsfähigkeit ist dann die Rechtfertigung für die Senkung der Stück- und Lohnkosten. Preissenkungen schlagen sich jedoch auf andere Kostenstellen nieder.

Mythos 7: Die Reichenbesteuerung wird zu deren Emigration führen.

Zusätzlich zu monetären Abwägungen gesellen sich bei der Entscheidung zur Auswanderung das angestammte kulturelle Umfeld, die Umwelt, die Nähe zu Freunden und Familie und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen.

Mythos 8: Die Reichen leisten einen größeren Beitrag zur Gesellschaft.

Im Vergleich zu Armen zahlen Reiche proportional weniger Steuern. Darüberhinaus sind viele unserer Steuern, wie zB die Gemeindesteuer und die Mehrwertsteuer, stark regressiv.

Mythos 9: Erfüllende Berufe bedürfen keiner hohen finanziellen Entlohnung.

Arbeitszufriedenheit hängt von mehreren Faktoren ab wie zB Eigenständigkeit, Einfluss auf den Arbeitsprozess, Einkommen und Status. Sollte ein hohes Salär zum Teil als Kompensation für hohes Risiko, Stress und lange Arbeitszeiten dienen, so würde man erwarten, bei gefährlichen Berufen eine hohe Entlohnung vorzufinden. Auf der Liste der gefährlichsten Berufe in Großbritannien steht der des Fischers an erster Stelle. Dazu gesellen sich Dachleger und Gerüstbauer sowie auf Platz 18 der Müllmann. Doch die Mehrheit der Arbeitnehmer wird in keinem dieser Berufsfelder gut bezahlt.

Mythos 10: Die Bezahlung ist Belohnung für die ihr zugrunde liegende Ertragslage.

Trotz eines Wertverlustes im Jahre 2008 von beinahe einem Drittel stiegen die Grundbezüge der Manager der größten Unternehmen Großbritanniens um ein Zehntel an. Empirische Studien haben ergeben, dass Gehaltsvereinbarungen darauf ausgerichtet sind, den finanziellen Interessen der Manager zu dienen und nicht denen der Anteilseigner.

Fazit.

Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass weitreichende, strukturelle Fehlentwicklungen überwunden werden müssen. Es steht viel auf dem Spiel: Ohne ein funktionierendes System der Kontrollen und des Interessenausgleichs könnte unser Wirtschaftssystem genau die Aspekte des Lebens verdrängen, an denen den Menschen am meisten liegt.

Übersetzung: *Daniel Dannemeyer*

KONTAKT

new economics foundation
www.neweconomics.org

Unternehmenskredite. Erste Bank – 2 Milliarden Euro frische Kredite per Q3 2009 vergeben.

2009 blieben über 100 Millionen Euro Finanzierungsförderungen ungenutzt

Über den ERP-Fonds und die Förderbank AWS stehen den heimischen Unternehmen jährlich rund 600 Millionen Euro an Förderungen zur Verfügung. Die Beobachtung der Erste Bank zeigt, dass 2009 davon über 100 Milllionen Euro an Finanzierungen ungenutzt in den Fördertöpfen blieben.

Das gilt auch für die über 5 Milliarden Euro an Haftungen, die bei weitem nicht ausgeschöpft wurden. Der vermeintliche Grund: Unkenntnis. Erste Bank und Wirtschaftskammer Wien wollen in einer gemeinsamen Aktion durch aktive Beratung diese Wissenslücke schließen. Ein „Förderungs-Check" und ein eigener „Förderungstag" sollen den Unternehmen durch den Förderungs-Dschungel helfen. Für alle Kunden, die sich auf geänderte Rahmenbedingungen einstellen müssen oder einfach ihre Geschäftsstrategien überprüfen wollen, bieten die Erste Bank und Wirtschaftskammer einen Beratungsscheck. Dieser beinhaltet eine kostenlose und unabhängige Potenzialberatung durch Experten aus dem Beraterpool des WIFI.

„Fördertöpfe voll, Kredithähne offen".
Für zinsbegünstigte ERP (European Recovery Program) Kredite stehen insgesamt 600 Millionen Euro. zur Verfügung. Davon waren 2009 allein für Kleinkredite bis 30.000,- Euro eine Summe von 60 Millionen Euro reserviert, abgeholt wurden von den Unternehmen allerdings nur 12 Millionen Euro. Um den Kleinkredit noch attraktiver zu machen, wurde der Kreditrahmen von 30.000,- auf 100.000,- Euro erhöht. Auch der AWS-Haftungsrahmen wurde von 2,9 (2009) auf 5,2 Milliarden Euro erhöht. Aber auch bei den Industriekrediten blieben fast 80 Millionen Euro in den Fördertöpfen liegen. „Die Unternehmensförderungen sind immens wichtig für die Wirtschaftsbelebung. Sie müssen aber besser genutzt werden", so Thomas Uher, Firmenkundenvorstand der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen.

Basel II-Entschärfung.
Für Wirtschaftskammer Wien-Präsidentin Brigitte Jank ist der Zugang zu Finanzierungen eine entscheidende Frage, die nach wie vor höchste Aufmerksamkeit der Kammer genieße. „Mit der Entschärfung der Basel II-Bestimmungen und der Anpassung der ERP-Kreditrichtlinien an die Bedürfnisse der Unternehmer ist uns ein wichtiger Durchbruch gelungen", sagt Jank. Auch Förderungen seien zahlreich vorhanden, allerdings ist in aller Regel notwendig, professionelle Beratung beizuziehen, um mit dem vielfältigen Angebot und den zahlreichen Spezifizierungen zurecht zu kommen. Mit dem Förderreferat der Wirtschaftskammer Wien wird hier täglich gute Arbeit geleistet, der Beratungsscheck ist eine weitere, wichtige Maßnahmen, um das Zurechtfinden im Förderdschungel zu erleichtern und individuelle Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten aufzuzeigen.

FÖRDERTÖPFE

Für zinsgünstige ERP-Kredite stehen gesamt 600 Mio Euro zur Verfügung:

- **Für Kleinkredite** (bis EUR 30.000,-) waren 2009 EUR 60 Mio reserviert – EUR 12 Mio vergeben (davon EUR 2,5 Mio bei Erste Bank und Sparkassen)
- **Für Industriekredite** (ab EUR 100.000,-) waren 2009 540 Mio Euro reserviert – EUR 461,5 Mio vergeben (davon EUR 84 Mio bei Erste Bank und Sparkassen)
- **AWS-Haftungen**: 2,9 Mrd Euro (2009)
- **NEU: Erhöhung des ERP-Kleinkreditrahmens** von EUR 30.000,- auf EUR 100.000,-
- **NEU: Ausweitung Haftungsrahmen** (von 2,9 Mrd Euro auf 5,2 Mrd Euro)
- **NEU: AWS Mittelstandsfonds**: 80 Mio Euro für stille Unternehmensbeteiligung

Brigitte Jank, Präsidentin Wirtschaftskammer Wien; **Thomas Uher,** Firmenkundenvorstand der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen

Der Beratungsscheck.
Ein rascher Check der vorhandenen heimischen Förderungen hat ergeben, dass für jene Kunden, die sich neu ausrichten wollen, kaum Fördertöpfe vorhanden sind. Die Erste Bank bietet deshalb in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Wien und dem WIFI Wien eine kostenlose Unternehmensberatung im Ausmaß eines Arbeitstages (8 Stunden) an. 75 Prozent der Kosten übernimmt die Wirtschaftskammer Wien, die Erste Bank trägt ein Viertel der Kosten. Jank: „Unternehmen sollen sich nicht von langen, komplizierten Antragsverfahren abschrecken lassen, sondern mit Hilfe des Beratungsschecks Förderungen für ihre Projekte einfordern." Langfristig gelte es aber dafür zu sorgen, dass die Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden, indem man in kurzer Zeit und ohne viel Aufwand eine Grundsatzentscheidung bekommt, ob ein Projekt förderungswürdig ist, bevor man detaillierte Unterklagen einreichen muss.

Liquidität reserviert.
Aber nicht nur Fördertöpfe bleiben zum Teil ungenutzt. Auch die Kredithähne sind laut Erste Bank weiter offen: 6 Milliarden Euro hat die Erste Bank an frischen Krediten für die heimische Wirtschaft reserviert, genutzt wurden in den ersten drei Quartalen 2009 rund 2 Milliarden Euro. „Wir haben ausreichend Liquidität zur Belebung der heimischen Wirtschaft reserviert. Die Kredite werden uns derzeit allerdings nicht aus der Hand gerissen", so der Firmenkundenchef der Erste Bank. Das niedrige Wirtschaftswachstum in Österreich dämpft derzeit die Kreditnachfrage. Seit Dezember 2009 stagniert deshalb die Kreditvolumensentwicklung. Für die Erste Bank gibt es hier aber erste positive Signale. Für 2010 rechnet sie mit einem moderaten Kreditwachstum in Österreich von 1,5 Prozent und für 2011 mit 2,2 Prozent.

RLB: Aktienmärkte 2000 bis 2009. Eine Dekade gibt Anlass zur Kapitalismuskritik.

„Die Fraktion der Bären behielt die Oberhand"

„Im ewigen Wettkampf zwischen Bullen, dem Symbol für Optimismus und Bären, dem Symbol für Pessimismus an den Börsen behielt in der zurückliegenden Dekade erstmals die Fraktion der Bären die Oberhand", so Gerhard Rehor, Vorstandsdirektor der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien. Denn gemessen am Weltaktienindex fielen Aktien von 1422 Indexpunkten zu Beginn des Jahrzehnts auf aktuell 1172 Punkte und damit um beinahe 18 Prozent.

Nach dem Schock der Terroranschläge vom 11. September 2001 zogen die USA gegen die Regime in Afghanistan und Irak ins Feld: „Die Kriegskonjunktur stimulierte die seit dem Platzen der ‚Dot.com'- Blase am Boden liegenden Aktienmärkte. - ‚Kaufen, wenn Kanonen donnern' bewahrheitete sich Mitte des Jahrzehnts eine alte Börsenweisheit!", analysiert Rehor.

Allein in der ersten Phase seiner Präsidentschaft investierte Georg W. Bush rund 1/3 der Wirtschaftsleistung der USA in Rüstungsprojekte. Angesichts des explodierenden Staatsdefizits kam die Politik des billigen Geldes durch die US-Notenbank gerade recht. Der Leitzinssatz fiel von seinem Höchst bei 6,5 Prozent bis Juni 2004 auf den Tiefpunkt von 1 Prozent. „Die günstigen Kreditbedingungen regten Private in den USA übermäßig stark zu einem ‚Leben auf Pump' an. Doch die kreditfinanzierten Immobilienkäufe bereiteten den Boden für die größte Finanzmarktkrise seit dem 2. Weltkrieg!", beschreibt Rehor den Weg zur Subprimekrise.

„Anything goes".
Rehor: „Getrieben von der scheinbaren Stabilität der Aktienmärkte und der Politik des billigen Geldes investierten immer mehr Menschen in innovative, aber komplexe Finanzprodukte!" Ihre Komplexität besteht in erster Linie darin, dass von ursprünglichen Produkten wie Aktien oder Anleihen abgeleitete Investments (Derivate) angeboten werden. „Dabei fehlte bei Kunden und Beratern oftmals die Erfahrung mit dem Verhältnis von Ertrag und Risiko, v.a. in Stresssituationen. Diese stellten sich jedoch mit dem Anziehen der Zinsschraube und den extrem gestiegenen Rohstoffpreisen in der 2. Hälfte der Dekade ein", sieht Rehor damit den Anfang der Probleme kommen.

Energie: Preisschock.
„Spekulation und Energiehunger der Schwellenländer lösten ab 2006 bei den Rohstoffen einen steilen Anstieg aus!" skizziert Rehor wesentliche Faktoren für diese Entwicklung.

Während ein Barrel Öl (Brent) 2002 für 17 $ zu haben war, stieg der Preis im Jahr 2008 auf 144 $ an. Hinter dem Preisschock stand neben der Spekulation über innovative Finanzprodukte v.a. der Energiehunger in den erfolgreichen Schwellenländern China und Indien. In Russland, einem der größten Rohstofflieferanten der Welt, ermöglichten die gestiegenen Preise eine selbstsichere Wirtschafts- und Energiepolitik, insbesondere Europa gegenüber.

Bescheidener Beitrag.
„Rückblickend hat die Eurozone zum internationalen Finanzmarktgeschehen nur einen bescheidenen Beitrag geleistet!", ist der knappe Schluss von Rehor, er ist sich aber sicher, „dass mit der Einführung des Euro und einer einheitlichen Geldpolitik Europas eine neue Phase der Stabilität angebrochen ist!". 2004 hieß es dann „Willkommen Europa" zur Aufnahme der zehn neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten. „Die Integration der ehemals hinter dem Eisernen Vorhang liegenden Wirtschaftsräume bescherte Europa gleichermaßen Erfolge wie auch Verunsicherung zuletzt im Rahmen der Finanzmarktkrise," lautet die doch positive Bewertung dieser Phase.

Verunsicherte Anleger.
Für Rehor ist die Konsequenz eindeutig. „Für die Geldanlage der privaten wie auch der institutionellen Investoren verlangt der Rückblick auf die 1. Dekade des Jahrtausends ein Umdenken. Passive Veranlagungsstrategien, also Aktien kaufen und liegen lassen, wie sie noch der im Jahr 1999 verstorbene legendäre Börseguru André Kostolany empfohlen hat, führen nicht mehr selbstverständlich zum Erfolg."

Für den Finanzmarktexperten und Vorstandsdirektor Rehor gibt es auch klare Konsequenzen für alle Beteiligten in Banken. „Die internationalen Ratingagenturen sowie die Wahrscheinlichkeitsrechnung der Portfoliomanager müssen hinterfragt werden". Und Rehor bringt die Lehre aus der vergangenen Dekade auf den Punkt: „Wer den fundamentalen Zusammenhang zwischen Realwirtschaft und den Finanzmärkten nicht aus dem Auge verliert, wird langfristig mehr Erfolg haben als der kurzfristige Opportunist!" Unabdingbar bleiben also für Aktienveranlagungen weiterhin die Aspekte einer guten Risikostreuung und ein langfristiger Veranlagungshorizont ohne Kreditfinanzierung.

RLB NÖ-WIEN

VD Mag. Dr. Gerhard Rehor, Leiter der Geschäftsgruppe „Finanzmärkte" der RLB NÖ-Wien AG

Während die 90er-Jahre den Sieg des Kapitalismus über die Planwirtschaft feierten, zeigten die 00er-Jahre, dass Kritik am zügellosen Kapitalismus mehr als notwendig ist.

KONTAKT

Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG
www.raiffeisenbank.at

Schneller beim Kunden. Mit dem JAGUAR XF 3.0 DIESEL S Premium Luxury.

Der Generalschlüssel

Der Gedanke an „Toys for boys“ liegt nahe. Die aktuelle Auszeichnung des Jaguar XF zum „Women‘s World Car of the Year“ relativiert dieses vorschnelle Gedankengut. Also gehen wir ordnungsgemäß geschlechtsneutral und politisch korrekt an unseren Test der GeschäftsführerInnen-Limousine heran und liefern eine Vielzahl von rein subjektiven Argumenten warum wir emotional Jaguar, gegenüber den dem „deutschen Reinheits(an)gebot“ verpflichteten Limousinen, den Vorzug geben.

Für alle die sich mit dem Thema XF noch nicht so intensiv beschäftigt haben: Der XF stellt die Jaguar-Mittelklasse zwischen X-Type und XJ dar und löste kürzlich den in die Jahre gekommenen S-Type ab. Und der XF spielt preislich übrigens in der gleichen Liga wie 5er BMW, AUDI A6 oder Mercedes E-Klasse – wenn die ihn mitspielen lassen. Genau hier beginnt auch eine landläufige Imageproblematik –„Jaguar?!“. Welches Auto darf man als Geschäftsführer eines KMU politisch korrekt chauffieren ohne seinen Kunden und Partnern eine ungewollte Botschaft zu übermitteln!? Falsche Frage? Richtige Antwort: Jaguar! Wer Jaguar fährt ist erfolgreich und setzt sich deutlich vom Mainstream ab. Im Regelfall entsteht schon nur bei Namensnennung eine elegante englische Landschaft, natürlich samt Schloß, vor dem geistigen Auge. Die davor geparkte Limousine inklusive. Eine wohlig angenehme Vorstellung.

Das Auto selbst

Für den Lexpress-Test fuhren wir den JAGUAR XF 3.0 DIESEL S Premium Luxury, der mit 275 Pferdestärken – natürlich englischen Pferden – und dominanten 600 Nm Drehmoment, seinem Fahrer die ganze Zeit suggeriert: „Wenn Sie möchten, können wir gerne spielen, Sir!“ Denn nachdem man sich einmal damit abgefunden hat, dass man im XF nun sozusagen im Mittelpunkt des Verkehrsgeschehens steht und die Blicke der Passanten und Verbeifahrenden einen „Deut“ länger als üblich auf dem Jaguar verweilen, muss man Reife beweisen und darf das Gaspedal nur sehr vorsichtig streicheln. Denn jede Berührung führt unweigerlich zur Übertretung irgendeiner Verkehrsvorschrift die sich mit physikalischen Geschwindigkeiten und deren gesetzlichen Grenzen beschäftigt. Beim Einordnen in eine deutlich weiter vorne gelegene Lücke einer Kolonne meint man, Jaguar hat ebenfalls die „regelbare Außengeschwindigkeit“ erfunden und natürlich in den XF integriert. Denn die vorbeifahrende Nachbarspur scheint für den „Wimpernschlag einer Libelle“ einfach still zu stehen, während man sich souverän bereits eingeordnet hat. Also in der Vor-Zu-Vergangenheit oder so ähnlich – es ging einfach zu schnell.

Die eigenen Mitarbeiter

Der neue Jaguar des KMU-Chefs wäre auch ein deutliches Zeichen an die Belegschaft des Unternehmens: „Ha! Es geht wieder aufwärts!“. Wobei das Image hier die eigentliche Botschaft ist. Denn vergleicht man die Listenpreise beginnt die XF-Welt in der von uns gefahrenen Motorisierung bei 59.900 EUR. Ein vergleichbarer BMW 535d AT kostet 61.100 EUR. Also eigentlich hat der KMU-Boss gerade 200 EUR gespart und sich gleichzeitig ein erfolgreiches nobles Image zugelegt. Wenn das die gewollte Botschaft ist – warum nicht! Man kann Jaguar ja einfach auch nur lieb haben.

Die unternehmerische Umwelt

Bei Kunden- und Firmenbesuchen ist der Jaguar XF ein klassisch geniales Werkzeug! Denn der jeweilige, für die Einfahrt aufs Firmengelände, zuständige Portier kann nicht wirklich einordnen, dass unser XF eigentlich eine preislich attraktive Limousine der „ober(st)en Mittelklasse“ ist. So öffneten sich für uns Schranken zu einigen Firmenparkplätzen und Veranstaltungslocations – ohne dass wir unsere Namen oder unser Begehr bekanntgeben mussten. „Des wird scho‘ passen“, haben sich die Torwächter wohl gedacht und somit dem vermuteten Großkunden, dem Freund vom Chef oder halt aus ihrer Sicht dem „Sultan von Brunei“ höflich Einlass gewährt. Für uns somit: Der Generalschlüssel! Vielleicht lässt sich ein XF mit einem (sehr) guten Steuerberater sogar dem Finanzbeamten gegenüber irgendwie und irgendwann einmal als Werkzeug absetzten. Der Vollständigkeit wegen möchten wir festhalten, das wir bei diesen „Besuchen“ tatsächlich gern gesehene Gäste gewesen sind – aber ohne Jaguar unseren „Golf“ vermutlich drei Straßen weiter in einem phantastisch überteuerten 5-Sterne Hotel für Autos, auch Parkhaus genannt, hätten abstellen dürfen.

Die Zielgerade

Unser Resümee ist ein emotional emotionsloses. Der XF ist auch für den KMU-Eigentümer oder -Geschäftsführer ein ordnungsgemäßes Fortbewegungsmittel. Keine Spur von Reichtum und Protz. Vielmehr demonstriert der Fahrer Selbstsicherheit und den Hang zu individuellen Lösungen, so wie wir sie auch von unseren Lieferanten im Geschäftsleben erwarten. Ein Gesprächsthema wird er aber allemal bleiben. Auch wenn Jaguar den XF schmunzelnd mit „Luxus! Zum Business-Preis.“, kommentiert. Alle weiterführenden Informationen findet man unter www.jaguar.at sowie unter www.leasing.at

TYPENSCHEIN

Jaguar XF 3.0 V6 Diesel S

Hersteller:	Jaguar
Typ:	XF Diesel S
Karosserie:	Limousine
Motor:	V6-Commonrail-Diesel
Getriebe:	Sechsgang-Automatik
Antrieb:	Heck
Hubraum:	2.993 ccm
Leistung:	275 PS (202 kW)
Drehmoment:	600 Nm
Von 0 auf 100:	6,4 s
Höchstgeschwindigkeit:	250 km/h
Kofferraum:	540 Liter
Verbrauch (ECE):	6,8 Liter
CO_2-Ausstoß:	179 g/km
Preis	**ab € 59.900**
Testwagen	€ 71.261

BERECHNUNG

Kosten je km im Fuhrparkmanagement
Basis: 48 Monate Laufzeit, 30.000 km/p.a.

Jaguar XF 3.0 V6 Diesel S

Leasingentgelt	€ 0,457
Abgegrenzte Bestandsvertragsgeb.	€ 0,005
Abgegrenzte Bearbeitungsgebühr	€ 0,001
Serviceentgelt	€ 0,107
Treibstoff [1]	€ 0,075
Haftpflichtversicherung	€ 0,025
Kaskoversicherung	€ 0,071
Zusatzpaket Glasbruch	€ 0,004
motorbez. Versicherungssteuer [2]	€ 0,043
Gesamt / km	**€ 0,788**

[1] gemäß Normverbrauchswerten
[2] durch Division auf Monatswert gebracht

Lexpress DIE KMU-ZEITUNG SCHNELLER BEIM KUNDEN powered by BAWAG PSK Fuhrparkleasing

FOTO: VOLKSWAGEN

Fuhrparkmanagement: Kosten besser im Griff

Unternehmen, die ihren Fuhrpark professionell managen lassen, sparen Zeit und Geld: Das Budget bleibt überschaubar, die Autos werden regelmäßig gewartet und die Rechnungen von Profis kontrolliert. „Unternehmen können sich voll auf ihr Kerngeschäft konzentrieren", sagt Michael Schmied, Geschäftsführer der BAWAG P.S.K. Fuhrparkleasing.

„Viele Unternehmen, die ihre Fuhrparks selbst verwalten, lassen Geld auf der Straße liegen, investieren häufig viel Zeit und verschwenden dabei oft unnötig Energie", sagt Michael Schmied, Geschäftsführer der BAWAG P.S.K. Fuhrparkleasing: „Was auf den ersten Blick einfach aussieht, erfordert viel Sachkenntnis."

Beispiel Abrechnungen: Die Rechnungen und der Verwaltungs-aufwand für zehn Fahrzeuge können bis zu zwei Arbeitstage pro Woche verursachen. Die BAWAG P.S.K. Fuhrparkleasing fasst das unabhängig von der Zahl der Fahrzeuge und Leistungen in einem Sammelbeleg zusammen.

Beispiel Reparaturkosten: „Durch die Vielzahl der gemanagten Autos sehen wir Unregelmäßigkeiten bei Reparaturkosten", sagt Schmied. Sogenannte Montagsautos können erkannt und rechtzeitig getauscht werden. Beim Fuhrparkmanagement werden alle Agenden rund um den Fuhrpark an Profis ausgelagert. Das beginnt bei der Auswahl der Fahrzeuge, geht über das Kaufen, Anmelden, Versichern, Tanken, die Wirtschaftlichkeit evaluieren, Warten und Reparieren bis hin zum Abmelden und Wiederverkaufen. Schmied: „Unsere Arbeit beginnt schon bei der Auswahl der Fahrzeuge. Hier wird über die Höhe des künftigen Wiederverkaufswerts entschieden. So etwa mit der richtigen oder falschen Farbe: Eine marktgängige Lackierung zum Beispiel kann einen zwischen sechs und acht Prozent höheren Wiederverkaufswert erzielen als eine schlecht gewählte Farbe. Ebenso zu beachten ist die Leistung: Mehr als 160 PS senken den Wiederverkaufswert."

Foto: BAWAG P.S.K. Leasing

Michael Schmied, *Geschäftsführer der BAWAG P.S.K. Fuhrparkleasing*

BAWAG P.S.K. Leasing

Die BAWAG P.S.K. Leasing ist Universalist für alle Leasing-Anliegen, von Immobilien-, Mobilien- und KFZ-Leasing bis hin zu Fuhrparkmanagement.

Das Unternehmen mit Niederlassungen in ganz Österreich sowie in Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn beschäftigt rund 220 Mitarbeiter. Die BAWAG P.S.K. Leasing erwirtschaftete zuletzt in Österreich ein Neugeschäftsvolumen von mehr als 400 Mio Euro.

Fixe Gesamtkosten

Der Unternehmer weiß beim Abschluss eines Fuhrparkmanagement-Vertrages genau, wie hoch seine Gesamtkosten sind: „Dadurch wird die Finanzplanung einfacher und überschaubarer", sagt Schmied. Das Unternehmen zahlt ein fixes monatliches Service-Entgelt und bei der Full-Service-Finanzierung der BAWAG P.S.K. Fuhrparkleasing sind sämtliche Service-, Wartungs- und Verschleißarbeiten inkludiert.

Fuhrparkleasing lohnt sich bereits ab dem ersten Fahrzeug.

„Besonders attraktiv ist das für kleine und mittlere Unternehmen, die sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren wollen", sagt Schmied: „Mit Fuhrparkmanagement können Flotten im laufenden Betrieb um bis zu 20 Prozent günstiger gemanagt werden. Fuhrparkmanagement ist daher die zeitgemäße Form, einen Fuhrpark zu steuern."

KONTAKT

BAWAG P.S.K.
FUHRPARKLEASING GMBH
Michael Schmied
Info-Hotline: 0810-205251
www.leasing.at

„Batteries for Electric Cars – Challenges, Opportunities, and the Outlook to 2010". BCG-Studie zur Elektroauto-Entwicklung.

Teure Batterien: Markt für Elektroautos erfordert Technologiesprung und Subventionen

Ob Elektroautos auf unseren Straßen ein alltäglicher Anblick werden, hängt neben der technischen Leistungsfähigkeit der Fahrzeuge maßgeblich von den Kosten der Batterien ab. Ohne größeren Technologiesprung werden die Kostendegressionen kaum ausreichen, um eine weite Verbreitung der Elektroautos zu ermöglichen, so die Studie der The Boston Consulting Group (BCG).

Somit wird der Markt für Elektroautos noch auf lange Zeit von direkten Zuschüssen, steuerlichen Subventionierungen oder deutlich höheren Treibstoffpreisen abhängen. Trotz der technologischen Hürden prognostiziert aber die Studie ein stetiges Marktwachstum für Elektroautos und Elektroautobatterien (inkl. Mild und Full Hybrids, Plug-ins und Range Extenders). Laut dem wahrscheinlichsten Szenario könnten 2020 bereits 26 Prozent der Neuwagen in China, Japan, den USA und Westeuropa Elektro- oder Hybridantriebe haben – also rund 14 Millionen Autos. Der weltweite Markt für Lithium-Ionen-Batterien könnte im selben Jahr 25 Milliarden Dollar erreichen. Also dreimal so viel, wie aktuell für die vor allem für Konsumgüterprodukte wie Handys oder Laptops genutzten Batterien ausgegeben wird.

Batterien kosten Verbraucher auch in zehn Jahren noch bis zu 10.000 Dollar. Der Studie zufolge werden die Preise, die die Automobilunternehmen für Lithium-Nickel-Kobalt-Aluminium-(NCA-)Batterien zahlen müssen, bis 2020 um 60 bis 65 Prozent sinken: von derzeit 990 bis 1.220 Dollar pro kWh auf 360 bis 440 Dollar pro kWh. Die Kosten für einen 15-kWh-Battery-Pack würden damit von 16.000 Dollar auf rund 6.000 Dollar fallen. Dementsprechend könnte der Endverbraucherpreis von derzeit 1.400 bis 1.800 Dollar pro kWh auf 570 bis 700 Dollar pro kWh sinken. Allerdings würden die Batterien mit 8.000 bis 10.000 Dollar weiterhin einen großen Anteil der Anschaffungskosten für den Endverbraucher ausmachen. „Angesichts der höheren Anschaffungskosten werden die Verbraucher genau prüfen, ob sich ein Elektroauto gegenüber einem Fahrzeug mit Verbrennungsmotor überhaupt lohnt", sagt BCG-Geschäftsführer Georg Sticher. „Insgesamt werden die Kaufentscheidungen in Zukunft noch komplexer sein als bisher, da die Verbraucher neben Betriebskosten und Produkteigenschaften auch Schadstoffausstoß und Reichweitenbeschränkungen berücksichtigen müssen."

Die meisten Käufer erwarten, dass sich ein Elektroauto spätestens drei Jahre nach dem Kauf amortisiert. Aktuelle staatliche Förderprogramme reichen von rund 3.000 Dollar pro Elektroauto in China bis zu rund 7.500 Dollar in Frankreich, Deutschland und den USA. Werden diese Förderprogramme bis 2020 ausgedehnt, lohnt sich der Kauf eines Elektroautos in den USA und Westeuropa dann schon nach ein bis fünf Jahren statt – wie bisher – nach neun bis fünfzehn Jahren. Ohne derartige Anreize rechnen die BCG-Experten mit einer deutlich langsameren Marktentwicklung.

Elektroautos müssen häufig „auftanken" – und brauchen dafür viel Zeit. Energiespeicherkapazitäten, Aufladezeiten und Infrastrukturanforderungen stellen weitere Herausforderungen für den Elektroautomarkt dar. Ohne technologischen Durchbruch wird die Reichweite eines Elektroautos weiterhin bei lediglich 250 bis 300 Kilometern liegen, bevor der Fahrer die Batterien aufladen muss. Elektrofahrzeuge, die ebenso bequem sind wie ein Auto mit Verbrennungsmotor – also erst nach rund 500 Kilometern die nächste Tankstelle ansteuern müssen und wenige Minuten später wieder abfahrbereit sind –, werden in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich nicht auf dem Massenmarkt verfügbar sein.

Derzeit kooperieren die Automobilkonzerne eng mit den Herstellern von Elektroautobatterien, um bei der Entwicklung neuer Technologien von Anfang an vorne mit dabei zu sein. Die Autoren der BCG-Studie erwarten jedoch, dass die Automobilkonzerne sich bald wieder an ihren etablierten und bewährten Zulieferern orientieren. Für alle an diesem Markt beteiligten Unternehmen – Autokonzerne, Zulieferer, Batteriehersteller, Chemie- sowie Energieunternehmen – gilt: Die Unterstützung durch die Regierungen wird auf lange Sicht eine entscheidende Rolle spielen. Sticher betont: „Momentan hält die großflächige Einführung von Elektroautos einer normalen Projektrenditeentscheidung kaum stand. Die schnelle Weiterentwicklung und Marktdurchdringung kann nur mit Hilfe von regulativen Eingriffen und staatlichen Förderungen sichergestellt werden."

FOTO: AAE

2020 könnten rund 14 Millionen Autos einen Elektro- oder Hybridantrieb haben

KONTAKT

THE BOSTON CONSULTING GROUP (Austria) GMBH
Am Hof 8, A-1010 Wien
Tel.: +43-(0)1-537 56 80
Fax: +49-(0)1-537 56 8110
www.bcg.at

OECD-Studie „Gesundheit auf einen Blick“. Viele Krankenhausbetten und hohe Ärztehonorare machen das System teuer.

Österreichs Gesundheitssystem ist leistungsfähig aber teuer

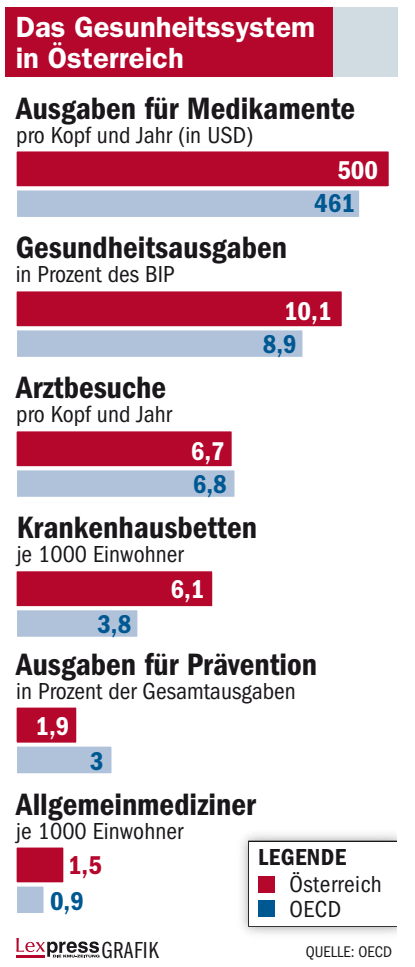
Österreich hat ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, das eine Versorgung für nahezu die gesamte Bevölkerung gewährleistet. Allerdings gibt Österreich im Vergleich zu anderen Ländern, die eine ähnlich breite Versorgung gewährleisten, viel Geld für sein Gesundheitssystem aus. Wichtige Kostenfaktoren in Österreich sind viele Krankenhausbetten und relativ hohe Ärztehonorare.

So gab Österreich im Jahr 2007 10,1 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Gesundheitsversorgung aus. Das ist der siebt höchste Wert in der OECD. Auch die Ausgaben pro Kopf liegen kaufkraftbereinigt um 26 Prozent über dem OECD-Schnitt.

Jugendliche.
Vor allem Jugendliche haben in Österreich einen deutlich ungesünderen Lebenswandel als in anderen OECD-Ländern. In keinem anderen OECD-Land ist unter den 15-Jährigen der Anteil der Raucher so hoch wie in Österreich. Besonders deutlich ist der Abstand zu anderen Ländern bei Mädchen. Nach Dänemark, Großbritannien und Finnland berichten in keinem andern OECD-Land mehr Jugendliche über Alkoholexzesse. 36 Prozent der Mädchen und 41 Prozent der Jungen in Österreich im Alter von 15 Jahren geben an, schon mindestens zwei Mal im Leben betrunken gewesen zu sein. Abgesehen von Finnland gibt es kein Land in der OECD in dem weniger Jungen regelmäßig Obst essen als in Österreich (Mädchen an acht letzter Stelle).

Auch liegt der Anteil der Raucher mit gut 23 Prozent etwa im OECD-Durchschnitt, er ist aber bei den Frauen gestiegen, während die meisten Länder bei beiden Geschlechtern einen deutlichen Rückgang der Raucher verzeichnen. Beim Alkoholkonsum liegt Österreich mit 12,9 Liter je Einwohner über 15 Jahre und Jahr nach Luxemburg, Irland, Ungarn und Frankreich an 5. Stelle in der OECD.

Gesundheitsbudget.
Die Ausgaben für öffentliche Gesundheits- und Präventionsprogramme etwa gegen Alkohol- oder Tabakkonsum liegen mit 1,9 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben deutlich niedriger als im OECD-Mittel (3,0 Prozent). Kanada gibt 7,3 Prozent seines Gesundheitsbudgets, Finnland 5,8 Prozent und die Niederlande 5,1 seines Gesundheitsbudgets für solche Programme aus.



Krankenhausbetten.
Trotz eines Rückgangs in den vergangenen Jahren hat Österreich nach wie im Verhältnis zur Bevölkerung sehr viele Krankenhausbetten. Auf 1.000 Einwohner kommen hier 6,1 Krankenhausbetten. Das ist nach Japan und Korea der höchste Wert in der OECD. Im OECD-Schnitt sind es 3,8 Betten je 1.000 Einwohner. Das deutlich dünner besiedelte und damit schwerer zu versorgende Schweden kommt mit 2,1 Krankenhausbetten je 1000 Einwohner aus. Entsprechend hat Österreich bezogen auf die Bevölkerung die höchste Zahl an Krankenhauseinweisungen (278 je 1000 Einwohner, OECD-Mittel 158, Niederlande 109). Allerdings sind die Krankenhausaufenthalte kürzer als im OECD-Schnitt (5,7 Tage, OECD-Mittel 6,5 Tage, Deutschland 7,8 Tage).

Medikamente.
Die Gesamtausgaben für Medikamente liegen pro Kopf kaufkraftbereinigt um 8 Prozent über dem OECD-Schnitt. Bei den von den Krankenkassen finanzierten Kosten für Medikamente liegt Österreich leicht über dem OECD-Mittel.

Allgemeinmedizin.
Mit 1,5 Allgemeinmedizinern je 1000 Einwohner hat Österreich eine deutlich höhere Ärztedichte als die OECD-Länder im Schnitt (0,9 Allgemeinmediziner je 1000 Einwohner, Grafik). Regional sind die Ärzte in Österreich gleichmäßiger verteilt als in fast allen anderen OECD-Ländern, für die diese Daten verfügbar sind. Die Facharztdichte liegt mit 2,2 je 1000 Einwohnern etwas über dem OECD-Schnitt von 1,8. Mit 6,7 Arztbesuchen pro Jahr pro Einwohner gehen den Menschen in Österreich etwas seltener zum Arzt als im OECD-Mittel (6,8 Arztbesuche pro Einwohner pro Jahr, Grafik).

Die Bruttoeinkommen der selbständigen Allgemeinmediziner liegen nach Abzug der Praxiskosten in Österreich beim 2,9-fachen des Durchschnittslohns. Selbständige Fachärzte verdienen in Österreich das 4,8-fache des Durchschnittslohns. Das ist Platz vier unter den 12 OECD-Ländern, für die diese Daten vorliegen. www.oecd.org

---

2010 – das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010.

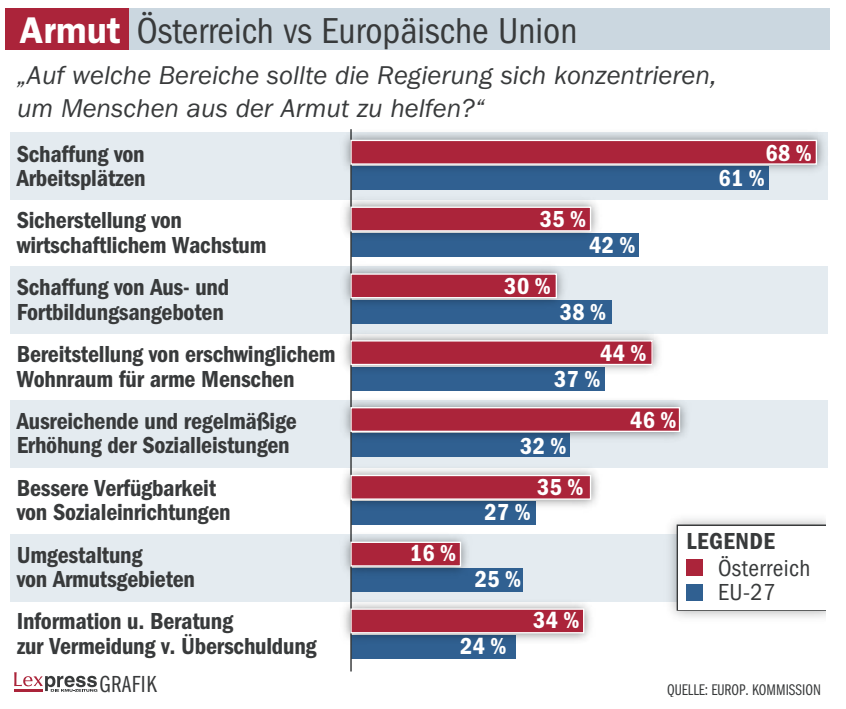
EU eröffnet mit „Armut darf nicht sein!“ das Motto für das Europäische Jahr 2010

80 Millionen europäische Bürger leben unter der Armutsgrenze, das sind 17 Prozent der EU-Bevölkerung. Unter dem Motto „Armut darf nicht sein!“ soll in diesem Jahr in der gesamten EU die Eindämmung der Armut – von der jeder sechste Europäer betroffen ist – in den Mittelpunkt rücken.

„Die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung ist ein wichtiger Teil der Krisenbewältigung. Zu oft werden die Schwächsten der Gesellschaft am Härtesten von einer Rezession getroffen. Deshalb sollte das Europäische Jahr 2010 als Katalysator für die Sensibilisierung und für die Schaffung einer Dynamik dienen, die zum Aufbau einer integrativeren Gesellschaft beiträgt. Dies ist ein wesentliches Element der von mir vorgeschlagenen EU-Strategie für die Zeit bis 2020“, erklärte Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso.

Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, ergänzte: „Für jeden sechsten Europäer ist es ein täglicher Kampf, finanziell über die Runden zu kommen, und Armut kann jeden von uns treffen – ebenso wie unsere Gesellschaften im Ganzen. Zwar setzen die meisten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf nationaler Ebene an, doch drei Viertel der Europäer erwarten auch Hilfe von der EU. Durch das Europäische Jahr rückt das Thema Armut auf der Tagesordnung ganz nach oben, so dass die Länder Europas den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gemeinsam und mit vereinten Kräften führen können.“

Derzeit leben fast 80 Millionen Europäerinnen und Europäer – 17% der EU-Bevölkerung – unterhalb der Armutsgrenze. Diese alarmierende Tatsache schlägt sich auch deutlich in der öffentlichen Meinung nieder, was eine kürzlich veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage zum Thema Armut veranschaulicht: Eine große Mehrheit der Europäer (73%) sieht Armut als verbreitetes Problem in ihrem Land, und 89% fordern, dass ihre Regierung rasch etwas dagegen unternimmt. Zwar sehen die meisten Bürger in erster Linie die eigene Regierung in der Pflicht, aber 74% erwarten, dass auch die EU hier eine maßgebliche Rolle spielt.



Das Europäische Jahr 2010 soll das Bewusstsein für die Ursachen und Folgen der Armut in Europa schärfen, und zwar sowohl bei Schlüsselakteuren wie Regierungen und Sozialpartnern als auch in der breiten Öffentlichkeit. Zugleich sollen diese unterschiedlichen Gruppen für die Armutsbekämpfung mobilisiert werden, die soziale Integration gefördert und klare Bekenntnisse zur Entwicklung europäischer und nationaler Strategien für die Eindämmung von Armut und Ausgrenzung eingefordert werden.

Die Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Jahres werden weitgehend dezentral umgesetzt. Hierzu hat jedes der 29 Teilnehmerländer (die 27 EU-Mitgliedstaaten plus Norwegen und Island) ein nationales Programm aufgestellt. Zudem stehen insgesamt 17 Millionen Euro zur Verfügung, um Sensibilisierungskampagnen auf europäischer und nationaler Ebene sowie mehrere Hundert nationale Projekte zu fördern, die sich an den jeweiligen Prioritäten der Teilnehmerländer ausrichten.

Europäische Kommission

WKO SERVICE-GMBH DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

LITERATURTIPP:

DAS VERGABERECHT IN ÖSTERREICH

Das Bundesvergabegesetz 2006, mit der 2010 in Kraft tretenden Novelle Kommentar & Gesetzestext

Der vorliegende Leitfaden soll sowohl Unternehmern als auch Auftraggebern die Möglichkeit geben, sich schnell und kompetent einen Überblick über die wichtigsten Regelungen zu verschaffen. Der Serviceteil wurde aktualisiert und der Schwerpunkt auf die Übersichtlichkeit von Tabellen und Praxistipps gelegt.

Autoren: Andreas Kropil, Annemarie Mille, Michael Sachs
Broschüre, Dezember 2009, 512 Seiten
Preis € 29,- (inkl. 10% USt)
Nichtmitgliederpreis: € 39,-

Bestellung über die Service-GmbH der Wirtschaftskammer Österreich:
T 05 90 900 5050
F 05 90 900 236
E service@wko.at
http://webshop.wko.at

IT-Trends 2010. Capgemini-Studie sieht steigende Budgets bei IT-Kosten.

Steigende IT-Budgets für CIO's

Im kommenden Jahr rechnen die IT-Abteilungen wieder mehrheitlich mit steigenden Budgets. Rund 41 Prozent (Vorjahr 32 Prozent) der von Capgemini im Rahmen der jährlichen IT-Trends-Studie befragten IT-Verantwortlichen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz gehen von mehr Geld für 2010 aus.

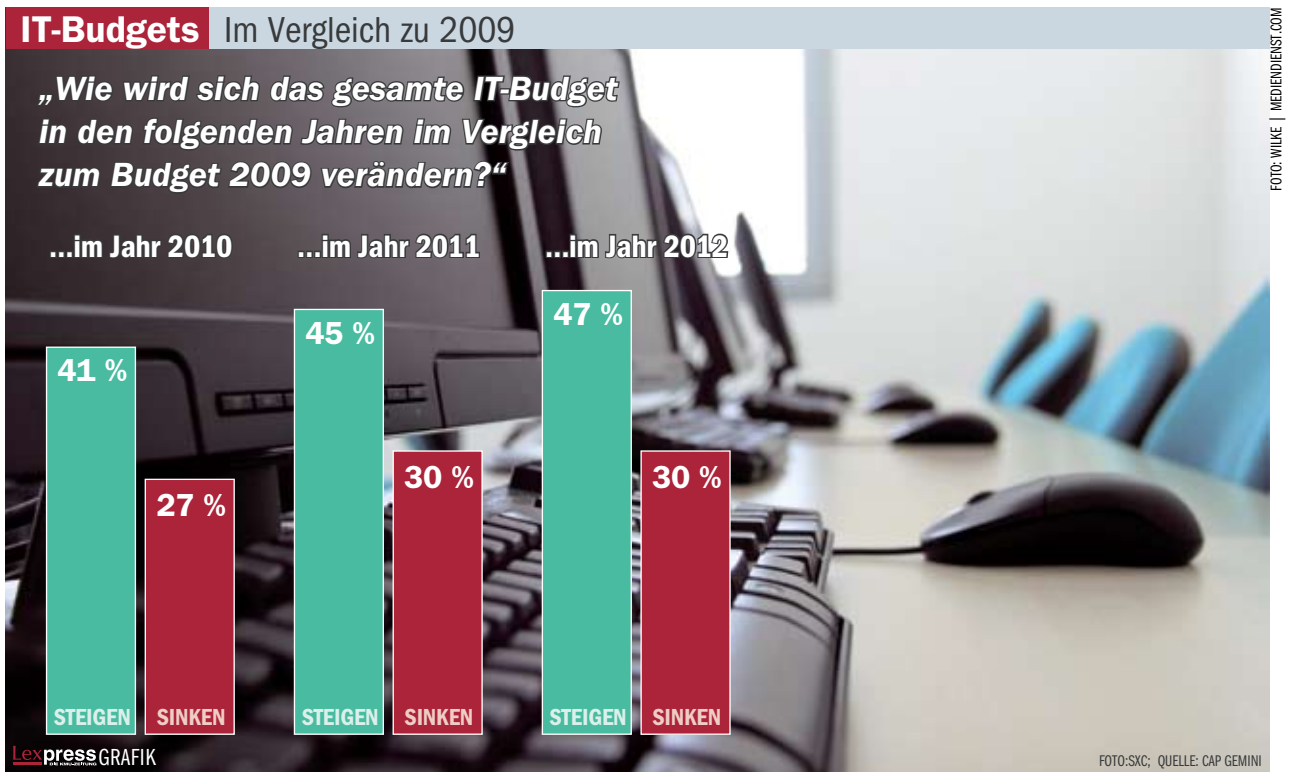
Mit niedrigeren Budgets rechnen nur noch 27 Prozent (Vorjahr 40 Prozent), 28 Prozent haben gleichbleibende IT-Kosten budgetiert. Ausgegeben wird das Geld in erster Linie für das Management der Infrastruktur (36 Prozent des Budgets). Jeweils 26 Prozent entfallen auf die Entwicklung und den Betrieb von Anwendungen, der Rest wird für das Management der Geschäftsprozesse verwendet.

In das insgesamt verhalten positive Gesamtbild passt, dass bei den CIO und IT-Leitern die Befürchtung deutlich abgenommen hat, dass bei Budgetkürzungen das Tagesgeschäft oder die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gefährdet würde. Für die IT-Trends Studie wurden im November 2009 die IT-Verantwortlichen von 133 Großunternehmen im deutschsprachigen Raum befragt. Die vollständige Auswertung der Ergebnisse wird im Februar 2010 veröffentlicht.

Langfristige Prognose positiv

Auch die langfristigen Budget-Prognosen sind positiv: Für 2011 gehen 45 Prozent der Teilnehmer von abermals höheren Budgets aus, für 2012 sind es sogar 47 Prozent. „Nachdem die IT im Laufe dieses Jahres zunächst teilweise harte Budgetschnitte erleiden musste, beginnen nun viele IT-Verantwortliche mit dem Umbau ihrer Abteilungen. Sie investieren sehr präzise in die Zukunftsfähigkeit und erhöhen damit die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen", kommentiert Dieter Harreither von Capgemini in Österreich.

Wie stark wären das Tagesgeschäft und die Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr, wenn die IT-Budgets gekürzt würden? 34 Prozent der Befragten sähen den täglichen Betrieb gefährdet, knapp die Hälfte die Wettbewerbsfähigkeit. Zum Vergleich: Ende 2008 befürchteten dies noch 57 beziehungsweise 62 Prozent. „Viele IT-Verantwortliche haben die vergangenen zwölf Monate genutzt, um ihre IT schlanker aufzustellen", erklärt Bernd Bugelnig von Capgemini. „Damit können sie jetzt flexibler auf Budget-Schwankungen reagieren und sich leichter an das wirtschaftliche Umfeld anpassen."



KONTAKT

Capgemini Consulting Österreich AG
Lassallestraße 9 b, A-1020 Wien
Tel. +43-(0)1-21163 - 0
Fax: +43-(0)1-21163 - 5000
E-Mail: evelyn.herl@capgemini.com
www.at.capgemini.com

Virenprognose 2010. im Fokus der Angriffe steht alles, was sich leicht zu Geld machen lässt.

Rekordgewinne für Cyberkriminelle

Avira sagt für das Jahr 2010 eine weitere Verschärfung der Bedrohungslage für Computer voraus. Dahinter steckt eine zunehmende Professionalität der Datendiebe. So erwartet der IT-Sicherheitsexperte, dass Crime-as-a-Service, also das professionelle Anbieten von illegalen Anwendungen und Computerangriffen als Dienstleistung, massiv zunehmen wird.

WACHSENDE BEDROHUNGEN IM JAHR 2010:

- Gesteigerte Aktivitäten im Bereich Wirtschafts- und Industriespionage
- Starke Zunahme von „Data-Napping" und Erpressungsfällen
- Massive Angriffe auf Social-Media-Netzwerke und Instant-Messaging-Dienste

Kommende Bedrohungen nehmen daher besonders solche Daten ins Visier, die Hacker für illegale Zwecke kommerziell nutzen beziehungsweise in Bares umsetzen können. Hierzu zählt etwa das Ausspionieren von Kreditkarten- und Kontodaten oder von Passwörtern zu unterschiedlichsten Internetdiensten. Zudem rücken besonders Firmengeheimnisse in den Fokus der Cyberkriminellen. Um sich vor den wachsenden Bedrohungen zu schützen, ist eine Kombination aus aktuellem Virenschutz und einem wachsamen Auge des Computernutzers das A und O.

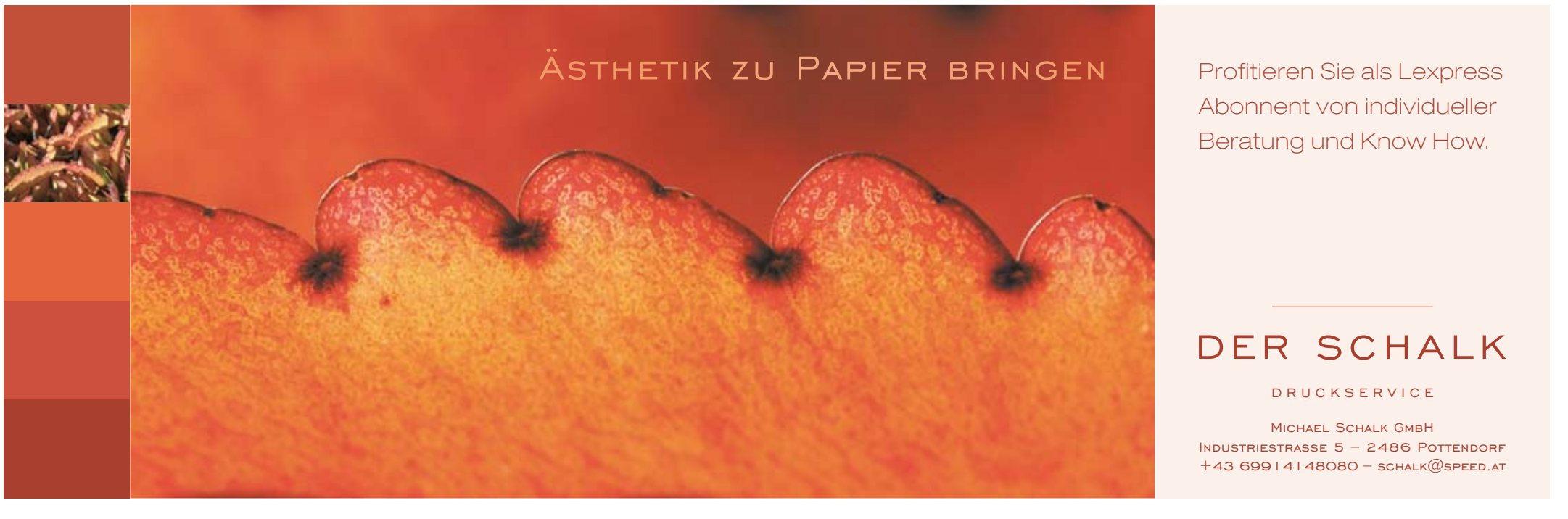
Gefahren für KMU steigen

Avira erwartet für das Jahr 2010 eine weitere Zunahme organisierter Wirtschafts- und Industriespionage via Internet. So ist ein sprunghafter Anstieg professioneller und gezielter Spionageattacken auf Unternehmensdaten von kriminellen Vereinigungen zu erwarten. Besonders für Klein- und mittelständische Unternehmen prognostiziert Avira in den kommenden Monaten einen starken Anstieg. Viele der Gefahren sind den Antivirenexperten bereits bekannt:

Ransomware baut beispielsweise darauf, den kompletten PC zu kapern und die Daten auf der Festplatte zu verschlüsseln. Der Verursacher behauptet, sie gegen Bezahlung wieder freizugeben. Das BSI rät davon ab, solchen Forderungen nachzukommen, da nicht sicher ist, ob nach den Zahlungen die Daten freigegeben werden.

Aus PC-Zombies bestehende Botnetze führen DDoS-Attacken (Distributed Denial of Service) aus und legen durch diese massive Attacken die Systeme von Unternehmen lahm, kommen sie nicht den Forderungen der Erpresser nach. Auch die immer häufiger in einer „Cloud" gespeicherten Daten rücken ins Visier der Datendiebe. Zudem birgt die verstärkte Nutzung mobiler Endgeräte und Handys das Risiko von Angriffen und Datenverlust, und muss daher ein zentrales Thema des IT-Riskmanagements bleiben.

www.avira.at



Karriere- und Gehaltsstudie. 67.664 Euro jährlicher Durchschnittsbruttoverdienst für ProjektmanagerInnen in der D-A-CH-Region.

Aus- und Weiterbildung sowie Zertifizierung haben hohe Bedeutung auf Karriere und Gehalt

Das durchschnittliche Bruttojahresgehalt im Projektmanagement lag in der D-A-CH-Region 2009 laut der aktuellen „Karriere- und Gehaltsstudie für Projektpersonal“ bei jährlich 67.664 Euro – in Österreich bei 55.967 Euro. Der am häufigsten genannte Wert liegt dabei bei 60.000 Euro (Österreich: 49.000 Euro).

25% der befragten ProjektmanagerInnen verdienen laut Umfrage bis zu 49.000 Euro jährlich (A: 47.325 Euro), 50% von ihnen bis zu 63.000 Euro (A: 53.200), 75% bis zu 78.000 Euro per anno (A: 63.350 Euro) und 25% darüber.

Dass ProjektmanagerInnen in Österreich weniger verdienen als durchschnittlich in der D-A-CH-Region führt Brigitte Schaden, Vorstandsvorsitzende pma, ua auf den niedrigeren Altersdurchschnitt der österreichischen ProjektmanagerInnen zurück, der in Österreich bei 36,5 Jahren liegt und im Gesamtdurchschnitt innerhalb der D-A-CH-Region bei 38,3 Jahren. Ein weiterer Grund ist laut Schaden, dass sich in Österreich selten ProjektmanagerInnen auf der höher entlohnten Vorstands- und Bereichsleiterebene befinden. „Die Projektmanagementbranche bietet aber jedenfalls auch in Österreich gut dotierte, über dem allgemeinen Verdienstdurchschnitt liegende Jobs“, so Schaden.

Die Karriere- und Gehaltsstudie für Projektpersonal wurde in Österreich im Rahmen des ersten pma quarterly 2010 vorgestellt. Sie wurde vom IMU (Institut für Marktanalysen und Umfrageforschung TransMIT GmbH) für die gesamte D-A-CH-Region in 2009 durchgeführt. In Österreich erfolgte die Umfrage in Kooperation mit Projekt Management Austria (pma).

Höheres Zeit-Investment als vereinbart

Laut der Untersuchung wurden im Durchschnitt 39,8 Arbeitsstunden pro Woche vereinbart, tatsächlich geleistet werden aber durchschnittlich 47,21 Stunden. Der am häufigsten genannte Wert liegt bei 45 Stunden. Weitere Einflussfaktoren für das Jahresbruttogehalt: Alter und Berufserfahrung im Projektmanagement, Ausbildung im Projektmanagement, Position im Unternehmen und die Projektmanagement-Ebene, auf der sich der/die ProjektmanagerIn befindet. Eine akademische PM-Ausbildung und die Projektmanagement-Ebene beeinflussen die Gehaltshöhe besonders signifikant. Letzteres setzt dabei voraus, dass es in den jeweiligen Unternehmen einen entsprechenden Karrierepfad für Projektmanager gibt.

Prof. Dr. Nino Grau, Vorstand der GPM Deutschland und Auftraggeber der Studie: „Projektmanagement ist sehr personalintensiv. Die Personalkosten bilden den größten Kostenblock, stellen die Leistungen der Menschen in Projekten doch den wichtigsten Erfolgsfaktor dar.“

DURCHSCHNITTLICHES JAHRESBRUTTO-GRUNDGEHALT

Einkommen für ProjektmanagerInnen; Österreich vs. D-A-C-H-Länder

	D-A-CH	Österreich
Durchschnittliches Jahresbruttogehalt	67.664 Euro	55.967 Euro
Häufigster genannter Wert	60.000 Euro	49.000 Euro
1/4 verdient bis zu	49.000 Euro	47.325 Euro
1/2 verdient bis zu	63.000 Euro	53.200 Euro
3/4 verdienen bis zu	78.000 Euro	63.350 Euro
1/4 verdient über	78.000 Euro	63.350 Euro

IMU (Institut für Marktanalysen und Umfrageforschung TransMIT GmbH), Quelle: GPM/pma

Hohe Akademisierung im Projektmanagement

Laut der Untersuchung verfügen 73,5 % der ProjektmanagerInnen über eine akademische Ausbildung und damit überdurchschnittlich häufig über einen ersten akademischen Abschluss. Technische Studien stellen mit rd 30% dabei zwar traditionell die größte Gruppe der gewählten Studienrichtung dar, aber bereits 21% der studierten ProjektmanagerInnen haben einen Abschluss in einem wirtschaftlichen Hochschulstudium. In den letzten fünf Jahren hat allerdings der Abschluss der Zusatzqualifikation zum Diplom-Projektmanager bzw eines Masters in PM in Österreich wesentlich an Bedeutung gewonnen. 7,5% der Befragten gaben an, sich auf diese Art weiter qualifiziert zu haben. Diplom-Projektmanager/Master in PM sind mit deutlich weniger Berufs- und Projekterfahrung in höheren Projektmanagementebenen zu finden als Personen ohne diese Qualifikation.

Brigitte Schaden, Vorstandsvorsitzende pma und Präsidentin IPMA: „Die Bedeutung von Zertifizierungen, also der „offiziellen“ Bestätigung über die Kompetenzen im Projektmanagement, für die Karriere- und Gehaltsentwicklung scheint erkannt. Neben der unverändert starken Nachfrage nach Level D-Zertifizierungen, ist seit einiger Zeit auch das Interesse an den höheren Zertifizierungsebenen deutlich gestiegen.“

Laut offizieller Schätzung des pma arbeiten zurzeit rund 1 Million Österreicher in Projekten. Mehr als 20.000 davon als Projektmana-gerInnen. Zurzeit gibt es in Österreich rund 7.900 IPMA-zertifizierte Projektmanager, international gibt es über 500.000 zertifizierte Personen.

KONTAKT

PROJEKT MANAGEMENT AUSTRIA
Palais Schlick
Türkenstraße 25/2/21, A-1090 Wien
Tel. +43-(0)1-319 29 21 - 0
Fax. +43-(0)1-319 29 21 - 29
E-Mail: office@p-m-a.at
www.p-m-a.at

Von KMU für KMU – der IT-Profi Claus Reinprecht gründet eine KMU-Marketingagentur

„Schließlich geht’s doch darum, Geld zu verdienen“

Seit nun 20 Jahren ist DI Claus Reinprecht erfolgreicher IT-Unternehmer. Nun geht der Gründer des Vision Network neue Wege. Frei nach dem Motto: „Gemeinsames Investment – gemeinsamer Erfolg“ gründet er mit Partnern eine Marketingagentur neuen Stils.

Lexpress: *Herr Reinprecht, Sie sind nun seit Jahren als IT-Unternehmer erfolgreich tätig. Was hat Sie bewegt, eine Marketingagentur für KMU zu gründen?*

Claus Reinprecht: In meiner Tätigkeit als IT-Dienstleister bin ich täglich mit Problemen der Kommunikation konfrontiert. Um diese Probleme erfolgreich lösen zu können, muss ich neben meiner Profession vor allem die Sorgen meiner Kunden verstehen. Bei jedem neuen Projekt muss ich zuerst das Geschäft meines Auftraggebers verstehen, um aus dem weiten Feld der Möglichkeiten die optimale Lösung anbieten zu können. So gesehen beschäftige ich mich schon sehr lange mit zielgerichteter, effizienter Kommunikation. Durch die neuen Medien ergaben sich im Laufe der Zeit immer mehr Berührungspunkte mit der Kommunikationsbranche. Die IT ist aus dem Marketing schon lange nicht mehr wegzudenken. Andererseits ist es für einen KMU oft recht schwierig, aus dem weiten Angebot an Werbeagenturen die für den eigenen Bedarf Richtige zu finden.

Foto: D2/ Reismann

Was verstehen Sie unter der „richtigen“ Werbeagentur für einen KMU wie Sie selbst einer sind?

Claus Reinprecht: Eine, die meine Sorgen als KMU versteht und mir optimale Lösungen anbietet. Ohne dem administrativen Overhead, den große Agenturen nun einmal mit sich bringen (müssen). Einfach zuverlässig und bedarfsgerecht. Im Idealfall sogar leistungsbezogen und erfolgsbeteiligt. Jemanden, der meine Sprache spricht und meine Sorgen versteht. Auch wenn es noch so toll ist: ich brauche keine TV-Spots. Ich brauche ganz erdige, einfache verkaufsunterstützende Maßnahmen, die sich rechnen. Schließlich geht es im Marketing doch darum Geld zu verdienen. Darum investiert man doch in Werbung. Daher muss sich das auch rechnen. Da haben abgehobene Lösungen keinen Platz. In Zeiten wie diesen überhaupt nicht mehr.

FOTO: ISTOCKPHOTO.COM

Und nun haben Sie beschlossen, das selbst zu machen?

Claus Reinprecht: In gewisser Weise, ja. Dieser Prozess findet jetzt schon seit bald zwei Jahren statt. In dieser Zeit haben wir mit vielen Unternehmern gesprochen und sich deren Sorgen angehört. Parallel dazu haben wir das Konzept der Agentur permanent den erhobenen Bedürfnissen angepasst, sodass wir am 1. März mit einem vollkommen neuen Agenturkonzept auf den Markt kommen werden. Mit Angeboten, die speziell auf die Bedürfnisse der mehr als 300.000 KMU in Österreich zugeschnitten sind. Transparent abgerechnet und leistungsbezogen honoriert. Wir sprechen einfach die Sprache unserer Kunden.

Das machen Sie alles allein?

Claus Reinprecht: Nein, natürlich nicht. In meinem Bestreben werde ich natürlich von Profis unterstützt, die unsere Anliegen (der KMU, Anm. d. Red.) in das Konzept der Agentur einfließen ließen und umsetzbare Strategien entwickelt haben, die den Bedürfnissen der KMU Rechnung tragen. Dabei handelt es sich um erfahrene Leute, die aus verkrusteten Strukturen ausbrechen wollen um neue Wege zu beschreiten. Das ist bei KMU oft leichter, da die meist inhabergeführt sind.

Wann geht‘s los?

Claus Reinprecht: Derzeit sind wir noch in der Endphase und mit Organisatorischem beschäftigt. Die konzeptionellen Ideen und Ansätze werden noch besprochen und bei Bedarf abgeändert. Ich lade auch die Leser der LexPress herzlich ein, uns Ihre Anliegen mitzuteilen. Noch können wir das Konzept anpassen! Ab 1. März 2010 stellen wir uns dem Markt. Dann werden wir sehen, ob der Aufwand sich gelohnt hat. Wir freuen uns schon, unseren Kunden Erfolg zu bescheren.

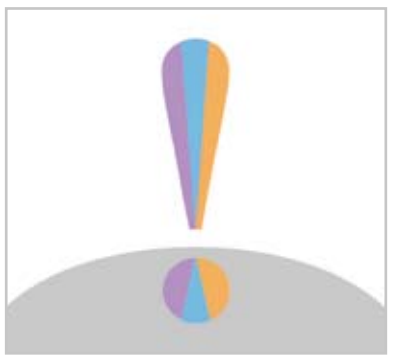
Herr Reinprecht, wir danken für das Gespräch.

KONTAKT

D2.Agency
Weyringergasse 34/3, 1040 Wien
Tel. +43 (0)1 – 30 690
E-Mail: office@d2-agency.com
www.d2-agency.com

C1 IT-Solutions
E-Mail: office@C1-IT.com
www.c1-it.com

INNOVATION



Mehr Elektromobilität für Wirtschaft, Klimaschutz und Green Jobs

Das „10 Punkte Aktionsprogramm“ zielt etwa auf die breite Markteinführung von Elektrofahrzeugen auf Basis erneuerbarer Energien und eine erhöhte Energieeffizienz im Straßenverkehr, auf den verstärkten Einsatz von E-Fahrzeugen in Fuhrparks sowie auf die Errichtung von mehr Stromtankstellen ab.

10 Punkte Aktionsprogramm

1. Förderung der Anschaffung von Elektrofahrzeugen
2. Steuerliche Anreize zur Forcierung der E-Mobilität
3. Modellregionen für Elektromobilität
4. Erweiterung der Produktpalette von Elektrofahrzeugen
5. Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle und Einsatzbereiche zur Einführung von Elektromobilität
6. Forcierung erneuerbarer Energien für Elektrofahrzeuge und Ausbau der Stromlade-Infrastruktur
7. Intelligente Stromnetze
8. Nutzervorteile für E-Fahrzeuge
9. Information, Motivation, Ausbildung und Bewusstseinsbildung für Elektromobilität
10. Schritte zur Umsetzung

Mit dem Aktionsprogramm ist eine Steigerung der mehrspurigen Elektrofahrzeuge in Österreich auf bis zu 250.000 zu erwarten. Dadurch könnten die CO_2-Emissionen aus dem Straßenverkehr um rund 430.000 Tonnen reduziert werden.

Kräfte bündeln.
Um umweltfreundliche Elektromobilität in Österreich zu forcieren, hat Umweltminister Niki Berlakovich gemeinsam mit der Generalsekretärin der WKÖ, Anna Maria Hochhauser, das „10 Punkte-Aktionsprogramm“ präsentiert. „Im Verkehrssektor werden alternative, umweltschonende Antriebe in Zukunft deutlich an Bedeutung gewinnen. Der Ausbau der Elektromobilität ist ein wichtiger Beitrag zur Senkung der hohen CO2-Emissionen aus dem Straßenverkehr und bedeutet gleichzeitig eine Wachstumschance für österreichische Betriebe.

Impuls für nachhaltige und umweltfreundliche Elektromobilität.
„Mit dem 10 Punkte-Aktionsprogramm wollen wir einen deutlichen Impuls für nachhaltige und umweltfreundliche Elektromobilität setzen und einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien leisten. Besonders wichtig dabei ist die Entwicklung des ‚Masterplan Elektromobilität‘. Klimaschutz ist eine wichtige Chance, die wir nutzen müssen, um Green Jobs zu schaffen und die Lebensqualität dieser und künftiger Generationen zu sichern“, so Umweltminister Niki Berlakovich. „Klimaschutz, Lärmreduktion und Wirtschaftswachstum müssen kein Widerspruch sein – ganz im Gegenteil. Das Elektroauto ist ein weiteres Beispiel für eine Innovation, von der die Umwelt profitiert und die zugleich zu mehr Wertschöpfung und Beschäftigung beitragen wird“, sagte Wirtschaftskammer-Generalsekretärin Anna Maria Hochhauser. „Der Verbund hat als führendes Elektrizitätsunternehmen Österreichs im Juni 2009 die offene Plattform AMP Austrian Mobile Power initiiert, um gemeinsam mit allen relevanten Unternehmen und Institutionen Österreichs dafür zu sorgen, dass Österreich bei der Einführung von Elektromobilität ganz vorne mitspielt und nicht zum Nachzügler wird. Wir müssen dazu alle Kräfte bündeln, in der Industrie, E-Wirtschaft, Forschung, aber auch in der Politik – auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Daher begrüßen wir das Aktionsprogramm, das viele Ziele der AMP aufgreift. Wenn Österreich die Chancen der E-Mobilität für den Klimaschutz, für die Standortentwicklung, für Arbeitsplätze ernsthaft nützen will, braucht es eine einheitliche starke Förderpolitik auf Bundesebene“, führte der Vorstandsvorsitzende vom Verbund, Wolfgang Anzengruber, aus.

BMLFUW/Kern

Nikolaus Berlakovich, Anna Maria Hochhauser und Wolfgang Anzengruber unterzeichnen das „10 Punkte Aktionsprogramm“

Entsprechend den EU-Regelungen muss Österreich seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 16% gegenüber dem Basisjahr 2005 verringern und den Anteil der Erneuerbaren Energien von derzeit 23% auf 34% erhöhen. Zusätzlich muss Österreich den Anteil erneuerbarer Energie im Verkehr (einschließlich Elektromobilität) auf 10% erhöhen. Das 10-Punkte-Aktionsprogramm soll im Sinne der Österreichischen Energiestrategie mithelfen bis 2020 die Anzahl der mehrspurigen Elektrofahrzeuge in Österreich auf bis zu 250.000 Stück zu erhöhen. Die CO_2-Emissionen wurden sich dadurch bis 2020 um bis zu 430.000 Tonnen vermindern. www.wko.at

WKO SERVICE-GMBH DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

LITERATURTIPP:

DRESS FOR SUCCESS – PERFEKT IM JOB

Ratgeber für Business-Frauen und Business-Männer

Erfolg im Job hängt nicht nur von Fachwissen und Kompetenz ab, sondern auch vom persönlichen Auftreten, von der Kleidung, von den Farben, von der Körpersprache und natürlich auch von guten Umgangsformen. Sie erhalten hier wertvolle Tipps und Anregungen für Ihren perfekten Auftritt im Job, im Büro, bei Terminen, bei Veranstaltungen und auf Geschäftsreisen.

Autorin: Mag. Ingrid Chladek
Broschüren, Oktober 2009
Preis je Broschüre € 19,-
(inkl. 10% USt)
Nichtmitgliederpreis: € 25,-

Bei Bestellung beider Broschüren
Preis € 28,- anstatt € 38,-
(inkl. 10% USt)
für Lexpress-LeserInnen unter:
E redaktion@lex-press.at

Europatag. Veranstaltung der Wirtschaftskammer Österreich.

„Sanfte Mobilität – Visionen für Schifffahrt und Eisenbahn“

Aufgrund der geografischen Lage Österreichs in einem erweiterten Europa haben die Transeuropäischen Verkehrsnetze verstärkt an Bedeutung gewonnen. Diese Verkehrskorridore sind Lebensadern für den Wirtschaftsstandort Österreich. So sind die Schienenbahnen Trendsetter für eine nachhaltige Mobilität. In den letzten Jahren wurden erhebliche Investitionen in die Modernisierung des Fuhrparkes getätigt. Weiters gewährleistet das flussbauliche Gesamtprojekt am Donauabschnitt östlich von Wien eine richtungsweisende Verbindung zwischen den Interessen der österreichischen Schifffahrt und den Schutzzielen des Nationalparks Donau-Auen.

Im Zuge dieser Veranstaltung werden hochrangige Experten aus Politik und Wirtschaft ihre Vorstellungen einer sanften Mobilität für Schifffahrt und Eisenbahnen präsentieren. Anschließend laden wir Sie ein, gemeinsam mit unseren Vortragenden neue Trends zu analysieren und Visionen zu diskutieren.

TERMIN

Dienstag, 2. März 2010
09.00 Uhr bis 17.30 Uhr

Rudolf-Sallinger-Saal
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
A-1045 Wien

B2KMU KARRIERELEITER

E-Mail redaktion@lex-press.at

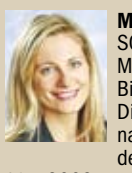
CATHARINA RIEDER, 33, Tele2, übernimmt die Verantwortung für den Bereich „Corporate Communications & Public Affairs“ beim größten alternativen Telekommunikationsanbieter. Nach der FH für Marketing & Sales und einem MBA wechselte sie in die Agenturszene und betreute unter anderem Kommunikationsprojekte in den USA.

ISABELLE HUPPERT, Schauspielerin, verlieh als langjähriger Partnerin der Österreichischen Krebshilfe am 13. Jänner 2010 zum dritten Mal den P.R.I.M.A.-Award. Jede achte Frau ist mit dem Thema „Brustkrebs“ im Laufe ihres Lebens konfrontiert und auch immer mehr junge Frauen erhalten diese Diagnose.

PETER TRAWNICEK, 46, S&T AG, übernimmt mit Februar 2010 als „Chief Operating Officer Business Solutions“ die Verantwortung für das Beratungs-, Software-, Entwicklungs-, Anwendungs- und Outsourcing-Geschäft des Konzerns mit mehr als 1.000 Mitarbeitern. Trawnicek ist als marktorientierte und führungsstarke Persönlichkeit bekannt.

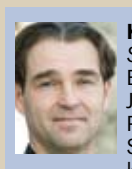
PETER JOHN DAVIES,59, LexisNexis Verlag. Ab sofort öffnet LexisNexis seine Online-Archive für Zeitschriftenabonnenten. Somit können diese die Vorteile von Online-Recherche und -Archivierung genießen. Besonders hervorheben möchte der Geschäftsführer auch die Möglichkeit, nun Suchprofile anlegen zu können.

WOLFGANG KOWATSCH, 43, Careesma, Kleine und mittlere Unternehmen sind die Basis der österreichischen Wirtschaft. Sie beeinflussen wesentlich die Konjunktur des Landes, deshalb bietet der Geschäftsführer Gratis-Jobinserate für KMU ab sofort und während des gesamten Jahres 2010 auf www.careesma.at



MANUELA RAIDL-ZELLER, 33, SONNENTOR, übernimmt nun die Marketingleitung des Waldviertler Biokräuter- und Biogewürzprofis. Die gebürtige Zwettlerin kehrt nach nunmehr fünfzehn Jahren des „Wiener Exils“ – von 2004 bis 2009 war Raidl-Zeller bei der Pleon Publico in Wien tätig – ins Waldviertel zurück.

JÖRG PRIBIL, 41, T-Mobile Austria, ist der neue Bereichsleiter für das Segment „tele.ring“ in Österreich. Er ist für den gesamten Markenauftritt des Mobilfunkproviders zuständig und hatte schon zuvor die Geschicke der Nokia Alps erfolgreich geleitet bevor er im asiatischen Raum weitere bedeutende Projekte umgesetzt hat.



KLAUS PFEIFFER 39, *Sport-Reporter,* steigt beim ExtraDienst-Ranking der besten Journalisten auf das Sieger-Podest und gewinnt in der Kategorie Sport-Reporter Print 2009. Mit klarem Vorsprung konnte er in den Disziplinen neutrale Berichterstattung, treffende Formulierung und Aktualität die Leserschaft journalistisch überzeugen.

NORBERT ADLASSNIGG, 39, oeticket.com, ist neuer Leiter für Marketing und Sales. Der 39-jährige Vorarlberger zeichnet nun für das Sales Channel Management mit sämtlichen Vertriebskanälen des Unternehmens verantwortlich. Neben den Neuen Medien gehören auch die Bereiche Outlets und B2B sowie das Marketing zu seinen Aufgaben.

CLAUDIA VARTIAN, 41, DLA Piper Weiss-Tessbach, ist ab sofort neuer Country Managing Partner in Österreich. Seit 15 Jahren auf regulatorische Themen und Streitverfahren für Industrieunternehmen und Finanzinstitutionen spezialisiert, hatte sie bisher auch in Brüssel gearbeitet und ist Autorin zahlreicher Fachpublikationen und Bücher.

BERND MARKTL, 28, A.T. Kearney, ist der neue Senior Business Analyst der Managementberatungs-Company. Der Innovations- und Informationsexperte soll sich in dieser Funktion besonders um die Schnittstellen zwischen Economy und Technology kümmern. Sein Motto: „Ihr Vorteil sind unsere Ideen.“

FOTOS: TELE2/WILKE, A1/SHAHAR AZRAN, S&T, LEXISNEXIS/PFLUEGL, CAREESMA, SONNENTOR, T-MOBILE, OETICKET.COM, DLA PIPER WEISS-TESSBACH, A.T. KEARNEY